



Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schicklerstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 49.

Berlin, den 3. März 1918.

12. Jahrgang.

Von unserer Zeiten Schande.

Berlin, den 26. Februar 1918.

Das wahre Gesicht.

Der Reichstag hat am 22. Februar den Antrag der Unabhängigen Sozialdemokratie, den Genossen Dittmann zur Ausübung seines parlamentarischen Mandats aus der Haft zu entlassen, abgelehnt. Die Verhandlung gab den Regierungsvertretern wie sämtlichen bürgerlichen Parteien Anlaß, alle Zornesregister über die letzte Streikbewegung der Arbeiterschaft aufzuziehen. Um so herzlicher war die Anerkennung, die der Staatssekretär des Innern, Herr Wallraf, der Polizei zollte, und die bürgerlichen Redner stimmten in dieses Loblied wader mit ein. Herrn Wallraf wurden bei seinem Amtsantritt auch von regierungssozialistischer Seite Rosen auf den Weg gestreut. Man erwartete von diesem ehemaligen Oberbürgermeister so etwas wie eine liberale und soziale Aera. Aber er hat nur bewiesen, daß er sich sehr schnell und gut in der Berliner Polizeiluft akklimatisieren konnte. Die bürgerliche Reichstagsmehrheit, diese mutigen Volksvertreter, die sich, so oft es nur ging, um ein Eingreifen in die wichtigsten Fragen herumdrückten, hat gezeigt, daß sie in einem Ausnahmefall energisch sein kann: wenn es nämlich der Arbeiterschaft die Faust zu zeigen gilt. Denn jede selbständige und kraftvolle Betätigung der Arbeiter für ihre politische Ueberzeugung ist jedem bürgerlichen Parlamentarier ein Greuel, mag er zur konservativen oder Zentrums-Reaktion schwören oder als liberale Bezirksvereinsgröße für „Demokratisierung“ und „Neuorientierung“ schwärmen. Es ist aber gut, daß diese Volksvertretung ihr wahres, arbeitserfeindliches Gesicht gezeigt hat, dadurch werden die bürgerlichen Illusionen, die noch in den Köpfen mancher Arbeiter spukten, gründlich davongeweht. Und je klarer und schärfer diese „Volksvertretung“ die in ihr vorhandenen Klassegegensätze offenbart, desto besser ist das für die Arbeiter, denn sie sehen daraus, daß all das Gerede von einem „einig Volk von Brüdern“ eitel Dunst ist, und daß ihre proletarischen Interessen nur durch eine selbständige, zielklare sozialistische Politik verfolgt werden können.

Tatsächlich waren die staatsrechtlichen Deklarationen, die gegen die Haftentlassung des Genossen Dittmann ins Feld geführt wurden, die juristisch-parlamentarische Phraseologie des Klassenkampfes der Bourgeoisie gegen das Proletariat. Denn wenn es den Herren ernst wäre mit ihren schönen Worten über „Demokratisierung“ und „Parlamentarisierung“, so hätten sie die Macht gehabt, die Rechte des Reichstags durch weitherzige Interpretation des § 21 der Reichsverfassung zu erweitern und den Abgeordneten, die wie Genosse Dittmann Opfer ihrer politischen Ueberzeugung werden, die Ausübung ihres Mandats zu sichern. Aber die bürgerliche Liebe zur Demokratie hört sofort auf, wenn sie sehen muß, daß das Proletariat von dieser Demokratie Vorteil haben könnte. Darum klammern wir uns auch nicht, wie es die Regierungssozialisten tun, an die brüchigen Ideen von der bürgerlich-liberalen Demokratie, sondern stellen ihnen die Ideen der proletarisch-sozialistischen Demokratie entgegen, die allerdings nicht durch Kompromissen mit der bürgerlichen Welt und Anpassung an die „objektiven Tatsachen“ des kapitalistischen Klassenstaates, sondern nur im entschiedenen Klassenkampf gegen diese Faktoren verwirklicht werden können.

Die bürgerlichen Reichstagsparteien haben durch ihr Verhalten am 22. Februar dargetan, daß sie an der Mischenbrödelrolle, die der Reichstag im deutschen Verfassungsleben spielt, nichts ändern wollen, und daß all den schönen Worten, die in

dem famosen Verfassungsausschuß gesprochen wurden, wenn es gilt, keine Taten folgen. Die Arbeiterschaft muß sich schon an den Gedanken gewöhnen, daß sie eine gründliche Verfassungsreform, die den proletarischen Interessen, d. h. den Interessen von neun Zehnteln des mit Hand und Kopf arbeitenden deutschen Volkes gerecht wird, aus eigener Kraft durchzuführen hat.

So sehr uns die Haftentlassung des Genossen Dittmann und die Ruhbarmachung seiner wertvollen Arbeitskraft für die parlamentarischen Geschäfte erwünscht sein mußte, so liegt doch die Bedeutung der Reichstagsverhandlungen vom 22. Februar für uns nicht so sehr in dieser Personenfrage als vielmehr darin, daß sie Regierung und Bürgertum dazu zwang, ihre Stellung zu der Arbeiterklasse zu demaskieren. Eine natürliche Begleiterscheinung dieses Vorganges war, daß der Reichstag seinen Willen zur Ohnmacht auch noch dadurch kundgab, daß er in einer Geschäftsordnungsdebatte die Redner unserer Partei mundtot zu machen suchte. Die Genossen Haase und Herzfeld haben aber den Versuch, das Streitthema von der parlamentarischen Erörterung abzusehen und das Walten der Militärdiktatur, der Kriegsgerichte und der Polizei der Reichstagskritik zu entziehen, zu Wasser gemacht.

Der Regierungssozialismus hat für die Haftentlassung Dittmanns gestimmt; sein Redner, Herr Ebert, hat sogar starke Worte gegen Herrn Wallraf gesprochen. Aber der Regierungssozialismus steht in einem engen Bundesverhältnis zu den bürgerlichen Parteien. Die Regierungssozialisten reden auch viel von dem „Einfluß“, den ihre Partei durch ihre Politik auf Regierung und bürgerliche Parteien erlangt habe. Besonders im Wahlkampf in Niederbarnim wird viel mit diesem „Einfluß“ renommiiert. Wo war aber dieser „Einfluß“ am 22. Februar? Konnten die Regierungssozialisten nicht zu ihren bürgerlichen Blodfreunden sagen: „An der Person Dittmanns ist uns nicht allzuviel gelegen, es handelt sich aber in diesem Falle um ein wichtiges parlamentarisches Recht, um einen Teil jener Demokratie, für die wir gemeinsam eintreten. Wir erwarten von Euch, daß Ihr mit uns die Gelegenheit wahrnehmt, den Parlamentarismus zu stärken. Tut Ihr das nicht, dann zeigt Ihr, daß es mit Eurem demokratischen Eifer nicht weit her ist, wir müssen daher auf Eure Gesellschaft verzichten.“ Aber nichts von alledem geschah. Zentrum, Fortschrittler, Nationalliberale pfliffen auf den „Einfluß“ ihrer regierungssozialistischen Bundesbrüder und stimmten Arm in Arm mit den Konservativen den Antrag der Unabhängigen Sozialdemokratie nieder. Der Regierungssozialismus klammert sich aber nach wie vor an die Rockschöße der bürgerlichen Parteien. Ja, er gibt ihnen himmlisch gute Worte, daß er bei ihnen bleiben darf. Eine Zeitlang nämlich schmollten die bürgerlichen Parteien mit dem Regierungssozialismus, weil er, um seinen Kredit bei den Arbeitern nicht ganz zu verlieren, sich in die Streikbewegung gemischt hatte. In einer ganzen Anzahl von „interfraktionellen Besprechungen“ haben die Bürgerlichen den Regierungssozialisten den Kopf gewaschen. Aber nach der bürgerlichen Presse — der „Vorwärts“ erzählt seinen Arbeiterlesern wohlweislich von diesen Geschichten nichts — ist der Friede wieder hergestellt. Die Regierungssozialisten haben eine entschuldigende Erklärung abgegeben, und nun kann die „einflussreiche“ Blodwurstelei weiter gehen.

Wahrlich mit solchen „Arbeitervertretern“ kann die Arbeiterklasse im Kampfe mit der zurzeit übermächtigen Reaktion keine Siege erringen.

Preußen in der Welt voran!

Mitten im Kriege hat das englische Volk ein freies Wahlrecht erhalten, das sogar an 6 Millionen Frauen politisch mündig macht. Dafür gehört England auch zu jenen verkommenen westlichen Demokratien, über die sich jeder Normaldeutsche — bis in die Spalten der verkommenen „sozialdemokratischen“ „Neuen Zeit“ hinein — sittlich entrüsten muß. Wie viel besser ist es da im Mutterlande Preußen bestellt. Da haben wir zwei königliche Wahlrechtsversprechungen und einen ganzen Chimborasso von Zeitungsmaschinerie über das Wahlrecht, im übrigen aber ist alles so gekommen, wie wir es vor Jahresfrist in nüchternem Erkenntnis der treibenden politischen und ökonomischen Kräfte vorausgesagt haben: Die offenen und versteckten Wahlrechtsfeinde haben die Wahlrechtsillusionen gründlich zerstört. Unsere Voraussage hat uns manche Anrempelung von regierungssozialistischer Seite eingetragen. Wir wollten den Arbeitern das königliche Wahlversprechen nur „verekeln“, hieß es. Wir wußten aber, daß das ganz andere Leute besorgen würden. Und tatsächlich hat der Wahlrechtsausschuß des preussischen Dreiklassenhauses aus dem versprochenen gleichen Wahlrecht ein Plural-, d. h. ein Geldsack-Wahlrecht schlimmster Art gemacht, nachdem vorher der Staatsminister Dr. Friedberg zu verstehen gegeben hatte, daß auch die Regierung über ein solches Wahlrecht „mit gewissen Modifikationen“ mit sich reden lassen werde. „Freut Euch, ihr Schleichhändler und Kriegswucherer! Euch blüht neuer Kriegsgewinn, politischer Kriegsgewinn! Denen, die im Kriege zu profitieren wußten, wird die Herrschaft gesichert über die, die „durch den Krieg unter den Schlitten kamen“, sagt der bürgerliche Herr v. Gerlach mit bitterem Spott zu dieser neuesten Frucht preussisch-deutscher Neuorientierung.

Wir können hier nicht auf die Einzelheiten der Verhandlungen des preussischen Wahlrechtsausschusses eingehen, der seine Absicht, das Wahlrecht zu verschleppen und zu verhandeln, glänzend durchgeführt hat. Den Arbeitern genügt zu wissen, daß die Herrschaften von Bildung und Besitz mit 2-4 Stimmen mehr bedacht werden sollen. Auch dieser Vorgang zeigt dem Arbeiter den Klassencharakter der heutigen Gesellschaft, zeigt ihm auch, daß die preussische Wahlrechtsfrage im engsten Zusammenhange steht mit all den andern Erscheinungen dieser reaktionären Kriegsepoche. Vor allem sieht er aber, daß die politische Vertretung der besitzenden Klassen, die konservative, die national-liberale usw. Partei mit aller Kraft die Interessen ihrer Klassen verfechten und daß ihm nichts weiter übrig bleibt, als mit der gleichen Entschiedenheit für die Interessen seiner Klasse einzutreten und zu der Partei zu halten, die den entschiedenen Kampf für die Arbeiterinteressen führt.

Der Regierungssozialismus sucht die preussische Wahlrechtsfrage aus dem Komplex der gesamten politischen Probleme herauszulösen und sich den Arbeitern als trüglicher Wahlrechtskämpfer zu empfehlen. Aber das Preußenwahlrecht steht in engstem Zusammenhange mit allen Kriegs- und Friedensfragen. Und eine Partei, die im Reichstage mit denselben Parteien teufelmedelt, die im Landtage offen oder versteckt gegen das Wahlrecht arbeiten, kann nicht die Energie aufbringen, die der Junker- und Bourgeoisieherrschaft in Preußen-Deutschland ein Ende macht.

Die unabhängigen Friedensfeinde.

Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie hat im Reichstage gegen den Friedensvertrag mit der Ukraine gestimmt. Darob großer Entrüstungssturm in der regierungssozialistischen Presse. Die braven Leute spekulieren auf den Spießher-Intellekt der indifferenten Masse, von der sie ja nur noch allein Heil und Errettung erhoffen können. Bei der denkenden Arbeiterschaft werden sie mit ihrem demagogischen Unterfangen, die Unabhängigen als Friedensfeinde zu denunzieren, nicht viel Glück haben. Die Unabhängigen haben gegen den Ukraine-Frieden gestimmt, weil nach ihrer Ueberzeugung durch diesen Frieden die Anbahnung eines baldigen allgemeinen Friedens ungeheuer erschwert wird. Ferner stehen die wirtschaftlichen Spekulationen, die an jenen Frieden geknüpft werden auf ganz unsicherer Grundlage. Durch einen so kümmerlichen Teilsfrieden wird der künftige Warenaustausch mit dem großen russischen Wirtschaftsgebiete von vornherein sehr erschwert. Und gerade die Leute, die, wie die Regierungssozialisten, angeblich im Interesse der Arbeiterschaft, für alle Entfaltungsmöglichkeiten der deutschen Industrie schwärmen, sollten einem solchen, mit den Mixturen der Geheimdiplomatie zusammengebrauten Frieden mit kritischen Augen ansehen und anderen Leuten, die ihren ewigen Illusionsdusel nicht mitmachen können, nicht Friedensfeindschaft vorwerfen. Die Aussichten auf einen dauernden Frieden im Osten sind jedenfalls durch den Ukraine-Frieden nicht gegeben.

Wir machen aber gar kein Hehl daraus, daß wir auch gegen den Ukraine-Frieden sind, weil er nach seiner ganzen Tendenz ein Streich der mitteleuropäischen Reaktion gegen die russische Revolution sein soll. Es ist ja auch nur ein törichtes Geschwätz, wenn im „Vorwärts“ den Unabhängigen ganz besonders angeteilt wird, daß sie einem Friedensvertrage die Zustimmung verweigert haben, der von einer sozialistischen, der Ukraine-Regierung, abgeschlossen sei. Von diesen „Sozialisten“ sagte einige Tage vorher Herr Stampfer in demselben „Vorwärts“ mit Recht, daß der Sozialismus mit Sozialisten, die um die Hilfe fremder Bajonette gegen die eigenen Volksgenossen betteln, keine Ehre einlegen könne.

Inzwischen hat sich auch die Bolschewiki-Regierung in Petersburg zu neuen Friedensverhandlungen bereit erklärt, nachdem ihr von deutscher Seite ein Ultimatum gestellt worden war. Ueber die Haltung und Motive der russischen Regierung erfahren wir so gut wie nichts, desto mehr aber mit Greuelgeschichten von der „roten Garde“ gefüllter werden. Aber schon jetzt können wir sagen, daß dieser russische Frieden kein demokratischer Verständigungsfrieden, sondern ein Gewaltfrieden sein wird. Aber der Regierungssozialismus wird auch aus dieser Giftblüte Honig saugen.

Berlin, den 27. Februar 1918.

Nach Schluß der Redaktion finden wir in den Blättern die Bedingungen des deutsch-russischen Friedens. Unser Wort vom Gewaltfrieden trifft auf sie in vollem Umfange zu. Die Ablehnung des Ukraine-Friedens durch die Unabhängige Sozialdemokratie wird durch das deutsche „Friedens“-Ultimatum doppelt und dreifach gerechtfertigt. Auf das Ultimatum im einzelnen einzugehen, ist für diese Nummer nicht mehr möglich.

Gegen die „Brotfriedens“-Illusionen.

Die „Statistische Korrespondenz“, die von dem Präsidenten des Königl. Preussischen Statistischen Bundesamts herausgegeben wird, bringt in ihrer Nummer vom 10. Februar einen Artikel über die Ukraine, der um deswillen bemerkenswert ist, weil er die Bedeutung des Brotfriedens in ein wesentlich anderes Licht stellt, als das gemeinhin geschieht. Der Artikel meint, selbst in angesehenen deutschen Zeitungen seien über die bevölkerungs- und wirtschaftsstatistischen Verhältnisse durchaus irrige Meinungen zu lesen gewesen; so z. B. sei behauptet worden, die Ukraine könnte uns mit Baumwolle und Weis versorgen, die dort in Wirklichkeit überhaupt nicht erzeugt würden, die Provinz Podolien sei so reich, daß sie neun Zehntel ihrer Getreideerzeugung ausführen könnte, sie müßte also nach dem Artikel der „Statistischen

Korrespondenz“ von einer Produktivität sein, die sonst nie und nirgends zu finden sei. In Wirklichkeit führe Podolien in Durchschnittsjahren infolge seiner dichten Bevölkerung fast gar kein Getreide mehr aus; auch sei die Ukraine kein viehreiches Land, wie behauptet werde, sondern ein vieharmes, und zwar infolge der starken Ausdehnung des Ackerlandes. Der Artikel der Korrespondenz geht nach diesen Vorbemerkungen zu der Beantwortung der Frage über, wie weit die Ukraine reiche.

„Die ukrainischen Patrioten ziehen zur Ukraine nicht nur die vier eigentlich ukrainischen Provinzen Kijew, Poltawa, Tschernigow, Charkow, sondern auch Wolhynien und Podolien, ja darüber hinaus ganz Neu-(Süd-)Rußland, die Provinzen Chersson, Taurien, Katerinoslaw und sogar das Donegebiet und den Nordkaukasus (die Provinzen Kuban und Stawropol). Daß die Ukrainer im Friedensschluß vom 9. Februar nur einen Teil dieser Fläche erlangt haben, darunter aber auch Gebiete, die die Polen für sich in Anspruch nehmen, ist bekannt. Gelingt es den Ukrainern auch noch, das ganze südliche Drittel der Provinz Minsk von den Bolschewiki zu erlangen, so würde sich ihr so zu berechnendes Maximalgebiet auf nahezu 900 000 Quadratkilometer erstrecken, die 1914 eine Bevölkerung von fast 45 Millionen zählten. Vorläufig haben die Ukrainer allerdings anscheinend nicht einmal die links vom Dnjepr gelegenen fast rein ukrainischen Provinzen Tschernigow, Poltawa und Charkow im Besitz.“

Ueber den Getreidereichum in den Gouvernements Kijew, Wolhynien, Podolien, Charkow, Tschernigow und Poltawa macht der Artikel folgende Feststellung: die Brotgetreideernte reicht gerade für die Eigenernährung der Bevölkerung aus; für die Ausfuhr war schon in Friedenszeiten kaum etwas übrig. Die Bedeutung der Ukraine als Getreideausfuhrgebiet stehe und falle mit der Frage, ob es den Ukrainern gelinge, die süd-russischen Gouvernements zu behalten. Ganz gering sei die Kartoffelernte, noch geringer die Heuernte, die es bedinge, daß beträchtliche Strohquantitäten an die Zugtiere verfüttert werden müßten. Es könnten keine Vollerzeugnisse für die Ausfuhr oder auch nur für den Bedarf der städtischen Bevölkerung erzeugt werden. Die Viehhaltung ist mit Ausnahme des Pferdebestandes gering, und die Hoffnung, die die Ukraine ins Gewicht fallende Mengen ausführen könne, sei trügerisch. Sollte sie in Rußland mehr ein- als ausgeführt worden; dergleichen führte Rußland die Hälfte seines Baumwollbedarfes ein, die andere Hälfte werde in Zentralasien produziert. Der russische Flachsstamm aus den Nordprovinzen, der Hauf aus der mittleren (nichtukrainischen) Schwarzerde. Ein großes Ausfuhrland sei die Ukraine vor dem Krieg allerdings für Zucker gewesen: Kijew, Podolien und Wolhynien hätten 1912 allein 348 000 Desjatinen mit Zuckerrüben bestellt. Charkow, Poltawa, Tschernigow 106 000. Die südrussische Eisen- und Kohlenproduktion sei im östlichen Zipfel von Katerinoslaw und im Don- (genauer Donez-)gebiet zu Hause, die ethnographisch nicht mehr ganz überwiegend kleinrussisch seien.



Arbeiter! Arbeiterinnen! Gedenkt der Familien der Inhaftierten u. Verurteilten!



Die ukrainischen Patrioten ziehen zur Ukraine nicht nur die vier eigentlich ukrainischen Provinzen Kijew, Poltawa, Tschernigow, Charkow, sondern auch Wolhynien und Podolien, ja darüber hinaus ganz Neu-(Süd-)Rußland, die Provinzen Chersson, Taurien, Katerinoslaw und sogar das Donegebiet und den Nordkaukasus (die Provinzen Kuban und Stawropol). Daß die Ukrainer im Friedensschluß vom 9. Februar nur einen Teil dieser Fläche erlangt haben, darunter aber auch Gebiete, die die Polen für sich in Anspruch nehmen, ist bekannt. Gelingt es den Ukrainern auch noch, das ganze südliche Drittel der Provinz Minsk von den Bolschewiki zu erlangen, so würde sich ihr so zu berechnendes Maximalgebiet auf nahezu 900 000 Quadratkilometer erstrecken, die 1914 eine Bevölkerung von fast 45 Millionen zählten. Vorläufig haben die Ukrainer allerdings anscheinend nicht einmal die links vom Dnjepr gelegenen fast rein ukrainischen Provinzen Tschernigow, Poltawa und Charkow im Besitz.“

Die Mitschuldigen!

Der deutschen militärischen Strafexpedition gegen die russische Revolution wird in der J. R. des Hindenburg-Apostels Heilmann eine Betrachtung gewidmet, über die jeder reaktionäre Gewaltpolitiker seine helle Freude haben muß. Das Organ, das in der regierungssozialistischen Partei eine tonangebende Rolle spielt und sich im Niederbarnimer Wahlkampf für Herrn Wiffel mit Feuereifer ins Zeug legt, schreibt:

„Mit blühender Schnelligkeit drängen nach Wiederaufnahme der Feindseligkeiten die deutschen Truppen im Osten vor. Die Vorherseher, daß Rußlands

Heere gänzlich widerstandsunfähig geworden seien, erfüllt sich in höchstem Maße. Fast ohne Kampf fallen Tausende von Geschützen und riesige Mengen anderer Kriegsmaterials, welches die Heeresleitung für die Westfront gut brauchen kann, in unsere Hände. Die Bolschewiki-Regierung hat unzweifelhaft eine Kleindummheit begangen, als sie getreu ihrem Standpunkt des Alles oder Nichts die Verhandlungen in Brest abbrach. Jetzt muß sie schleunigst wieder über den Frieden verhandeln, ohne einen neuen Waffenstillstand zu haben, während Tag für Tag die deutschen Truppen weiter vorrücken. Man braucht kein Prophet zu sein, um vorherzusagen, was nun kommen wird. Zweifellos wird die deutsche Regierung jetzt die Bedingungen neuer Mandatstaaten-gründung, die sie bisher für Kurland und Litauen stellte, auf Estland und Letland ausdehnen, und die Zurückziehung aller großrussischen Truppen aus Finnland und der Ukraine zur Bedingung eines neuen Waffenstillstandes machen. Durch ihre intransigente Haltung in Brest-Litowsk und kindlichen Revolutions-illusionen haben sich die Bolschewikoffiziere den Frieden bloß teurer gemacht. Die Operationen sind im Gange, die Kugel im Laufe ist nicht aufzuhalten. Dessenwillig ersparen sich die Bolschewikoffiziere jede überflüssige Geistesanstrengung Widerstandes und erfüllen sich mit dem Verständnis für das praktische Notwendige, das einmal nach Maß der Kraftverhältnisse Unvermeidliche und betätigten im raschen Friedensschluß jenen Wirklichkeitsstun, den sie in Brest leider haben vermissen lassen.“

Die deutsche Regierung braucht sich zur Begründung ihres Ultimatus wahrlich nicht in geistige Unkosten stürzen, sie wird ihr vom deutschen Regierungssozialismus gratis und franko geliefert. Es ist auch eitel Heuchelei, wenn der „Vorwärts“ zu dem Ultimatum schreibt, daß „die deutsche Politik gegen Rußland nicht die Politik der deutschen Sozialdemokratie ist“. Nein, der Regierungssozialismus hat durch seine jämmerliche Haltung in den ausschlaggebenden Kriegsfragen, durch seine fast- und kraftlosen Friedensdeklamationen, über die die Regierung fastlächelnd zur Tagesordnung überging, weil sie genau wußte, daß die krankhafte Sucht, „positive“ Mitarbeit zu leisten, jede Oppositionsenergie des Regierungssozialismus lahmlegt, — der Regierungssozialismus hat nicht zuletzt durch seine wüste Hege gegen die Bolschewiki der deutschen Gewaltpolitik goldene Brücken gebaut. Alle Spitzfindigkeiten und alles sentimentale Gegreine des Herrn Stampfer ändert nichts an der Tatsache, daß der Regierungssozialismus der Judas Ischariot der russischen Revolution, des internationalen Sozialismus und des allgemeinen, demokratischen Friedens ist.

Die eine reaktionäre Masse.

In der liberalen und regierungssozialistischen Presse werden dem Vizekanzler Herrn v. Payer, diesem geadelten „Demokraten“, Psalmen gesungen wegen der Rede, die er am 25. Februar im Reichstage gehalten hat. Die genüglichen Leute sehen wieder einmal die Morgenröte einer neuen Zeit, weil der Vizekanzler ein paar scharfe Worte gegen das Fähnlein derer um Oldenburg-Januschau gerichtet hat. Wir wollen hier nicht davon reden, daß Herr v. Payer gar nicht in der Lage ist, langfristige Wechsel auf eine „liberale Aera“ auszustellen. Ein ungnädiger Wink aus höheren Regionen kann ihn über Nacht von seinem Vizekanzlersessel davonschlagen. Und wir wagen die Prophezeiung, daß die Vizekanzlerherrlichkeit des Herrn v. Payer nicht von langer Dauer sein wird. Die Arbeiterschaft hat aber nicht die geringste Ursache, Herrn v. Payer als den demokratischen Messias zu begrüßen. Auch auf ihn trifft das Wort eines Friedrich Engels, daß in revolutionären Zeiten die bürgerliche Welt dem Proletariat als eine große reaktionäre Masse gegenübersteht, in vollem Umfange zu. Die Arbeiter dürfen nicht vergessen, daß es gerade der „Demokrat“ v. Payer war, der unseren Genossen Liebknecht um den Schutz der Immunität brachte. Sie werden aber noch mehr von dem reaktionären Grundcharakter dieses „demokratischen“ Vizekanzlers überzeugt werden, wenn sie sich genau ansehen, was Herr v. Payer über die jüngste Streikbewegung zu sagen hatte.

Herr v. Payer führte aus:

„Die am meisten ins Auge fallende Erscheinung ist der von der äußersten Linken vor einigen Wochen ins Leben gerufene, wenn auch bald wieder zur Ruhe gekommene Streik. Vom Standpunkte der Allgemeinheit aus muß er aufs tiefste beklagt und verurteilt werden. Traurig genug, daß man darüber freitet, wer ihn veranlaßt habe, die eigenen Volksgenossen oder das Ausland.“

Er hat vielleicht, namentlich was seine Wirkung in Kriegsbetrieben anbelangt, nicht in dem Maße geschadet, als zunächst befürchtet wurde. Geschadet hat er aber doch. Schon dadurch, daß er die Hoffnungen unserer Feinde auf unseren politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch aufs höchste gesteigert und dadurch unsere Aussichten auf Frieden beeinträchtigt hat.

nemand kann wissen, ob er nicht den Krieg ganz direkt verlängert hat. Er hat viele Arbeiter und Angestellte, leider nicht bloß die Streiklustigen, in wirtschaftliche Schwierigkeiten gebracht. Er hat Menschenleben und Menschenglück gekostet. Wenn der Schaden nicht größer geworden ist, so ist das nicht das Verdienst derjenigen, die den Streik begannen. Es haben denn auch die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei ihre Beteiligung am Streik abgelehnt. Es war ein Fehler, daß sie sich dann doch wenigstens teilweise derselben angegeschlossen haben, wie sie uns erklärten, um die Bewegung in Schranken zu halten und Schlimmeres zu verhindern. Sicher ist, daß sie dadurch die Bewegung, die sie selbst als zweckwidrig und schädlich ansehen, verstärkt haben. Zweifelhaft bleibt, was sie von ihrer beabsichtigten Einwirkung erzielt haben, dazu waren sie wohl zu schwach vertreten. Umstände anderer Art, wesentlich wohl die Besonnenheit und Entschlossenheit des obrigkeitlichen Eingreifens, Ausichtslosigkeit, Ernüchterung und Mangel an Geld haben wohl mehr der Bewegung ihr Ende bereitet. Zweifellos wird sich über diesen Streik eine große Debatte im Hause entspinnen. Ihr vorzugreiche liegt nicht in meiner Absicht. Zu beschreiben mich auf einige Bemerkungen.

Die Zwecke, die mit ihm verfolgt wurden, werden wohl verschiedene sein. Ich bezweifle, daß irgend jemand ernstlich geglaubt, daß ein dieses Signal hin sich auch nur das in Fabriken beschäftigte deutsche Volk erheben, das doch immerhin recht erträgliche Joch seiner Regierung abwerfen und Arm in Arm mit den sogenannten Proletariern aller Länder das Deutsche Reich mit dem Idealregiment der Volkshewiki beklücken werde. Wenn bezweckt werden wollte, die Bewegung zugunsten der Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen zu stärken, möchte ich umgekehrt annehmen, daß nichts so das Zustandekommen dieses Gesetzes gefährdete als eben dieser Streik durch die Art, wie er von den Begütern dieses Wahlrechts politisch ausgenutzt wird.

Ebenso wenig einleuchtend ist der Gedanke, durch den Streik die Ernährungschwierigkeiten zu beheben. Als Demonstration gedacht, müßte er in dieser Beziehung ohne Wirkung bleiben. Sie hätte ja einen Sinn nur, wenn es am guten Willen in der Leitung der betreffenden Organisationen fehlen würde. Es ist aus schwer, sich vorzustellen, wie in den Fragen des Belagerungszustandes, der Schutzhaft, der Zensur usw. durch einen Streik eine Besserung herbeigeführt werden sollte, sei es im Wege der schleunigen Inanspruchnahme der Gesetzgebung, sei es im Wege eines Druckes auf die Haltung der Militärbehörden. Endlich wird behauptet, daß der Streik der baldigen Herbeiführung des Friedens zu dienen geeignet gewesen wäre. Das würde doch voraussetzen, daß auch die entsprechenden radikalen Parteien in anderen Ländern sich anschließen und auf ihren Kriegs- und Vernichtungswillen verzichten würden, und dann müßten dieselben stark genug sein, die Macht in ihren Ländern an sich zu reißen. Niemand hat sich dieser Wille und diese Macht gezeigt. Umgekehrt drängt sich unabwiesbar der nahe liegende Gedanke auf, daß die Möglichkeit eines Friedens um so weiter abrukt, je mehr die Gegner an tiefgreifende innere Kämpfe bei uns glauben. Soviel vom Streik. Wer ihn zu verantworten hat, mag das mit seinem Gewissen ausmachen. Er hat weder der Sache des Vaterlandes noch der des Volkes gedient."

Wir können uns jeden Kommentar dieser demokratischen Kanzlerweisheit sparen. Jeder denkende Arbeiter kann sich seinen eigenen Vers auf die Ausführungen dieses Apostels der „obrigkeitlichen Besonnenheit und Entschlossenheit“ machen.

Daß der Liberalismus sofort reaktionäre Krämpfe kriegt, sobald die Arbeiterklasse selbständig handelnd auf den Plan tritt, können die Arbeiter auch an dem liberalsten der liberalen Berliner Blätter, dem „Berliner Tageblatt“, sehen, das sich auch bei manchen Arbeitern einer gewissen Sympathie erfreut. Besonders die T. W.-Artikel fanden um manchen vernünftigen Gedankens willen Beifall. Wir haben aber schon in früheren Nummern darauf verwiesen, daß der Herr T. W. die ganze Schwale seines Bourgeoisornes über die Streikbewegung ausgegossen hat. Die schlimmsten reaktionären Töne aber läßt das „Berliner Tageblatt“ von seinem militärischen Mitarbeiter anschlagen. Dieser, ein Herr Baron v. Ardenne, Generalleutnant z. D., hat die russische Revolution von Anfang an mit dem ganzen Haß des echtpreussischen Epanlettenträgers bedacht, ganz nach der Methode der hochmütigen Gamaschenknöpfe, die vor Jena gegen die französische Revolution polterten. Am meisten haben es dem Generalleutnant des „Berliner Tageblattes“ die Bolschewiki angetan. Hier nur einige seiner Stillschützen aus seinem letzten Artikel in den Spalten des liberalen Blattes, dessen Abieger bekanntlich die „Berliner Volkszeitung“ ist. „Räuberische Nordbände“ ist noch die gelindeste Bezeichnung. Von den „Roten Gärten“ heißt es, sie seien „regellose Banden“, die einen „Raubkrieg schlimmster Sorte“ führen, die aus dem „Bodensatz der Menschheit“ bestehen usw. Ein Generalleutnant braucht nicht zu wissen, daß die roten Gardisten in der Hauptsache russische Profestrier sind, die vor der Revolution in einer sozialen Hölle lebten, er braucht nichts zu wissen von den

elenden Lebensbedingungen, den himmelschreienden Wohnungs- und Arbeitsverhältnissen der Proletarier, die ihr Leben in der Revolution zu Markte tragen, um nicht wieder in das kapitalistische Joch zurück zu gehen. Dafür hat natürlich ein General, dafür hat aber auch der liberale Bourgeois kein Verständnis, darum bleibt es auch beim Wort von der einen reaktionären Masse.

Scheidemann hat wieder umgelernt.

In seiner „berühmten“ Rede von den „politischen Rindsköpfen“ und den „verrückten Grenzsteinen“ am 6. April 1918 sagte der Abgeordnete Scheidemann:

„Wenn es gelingt, den Blamen Friedensverträge die Möglichkeit zu sichern, auf Grund ihrer eigenen Sprache auch ihre eigene Kultur zu pflegen, so frage ich: Ist das eine Vergewaltigung?“

In seiner jüngsten Rede im Hauptauschuß des Reichstages am 24. Januar 1918 sagte derselbe Scheidemann:

„Wir erleben jetzt auch noch, um das nicht zu vergessen, das seltsame plämische Zwischenspiel, also ein Gegenstück im Westen zu Kurland. Lassen Sie die Finger davon. Die volle ehrliche Wiederherstellung Belgiens, auch seiner staatlichen Selbständigkeit, ist unsere Ehrenpflicht.“

Es hat lange gedauert, bis Scheidemann entdeckt hat, was hinter der ebenso plöchligen wie aufdringlichen Reizung, die gewisse Leute den Blamen erweisen, verborgen war. Und doch war es nicht allzuschwer — ein Beweis, daß es nicht immer die klügsten Geister sind, die gerne mit „politischen Rindsköpfen“ um sich werfen.

Kriegsgerichtsurteile.

Die außerordentlichen Kriegsgerichte, die ihre Tätigkeit am letzten Sonnabend beendet haben, hatten sich in den letzten beiden Tagen fast ausschließlich mit solchen Angeklagten zu beschäftigen, die in kriegswirtschaftlichen Betrieben, in größerer Anzahl bei Vorfällen in den Streik getreten waren und, dem Gebot des Oberbefehlshabers in den Marken zuwider, sich nicht zu rechter Zeit zur Arbeit wieder gemeldet haben. In den meisten Fällen wurden die vorgebrachten Entschuldigungen nicht als durchgreifend erachtet und die Angeklagten zu Gefängnisstrafen verurteilt, die sich in den Grenzen von 14 Tagen bis zu drei Monaten hielten. In wenigen Fällen kam eine Verurteilung zu 50 Mk. Geldstrafe heraus. — Ein Schlosser Jürgens, der in den Daimlerwerken vor längerer Zeit ein Flugblatt der unabhängigen Sozialdemokraten, welches nicht den Namen des Druckers enthielt, verbreitet hatte, wurde zu zwei Wochen Haft verurteilt, wobei berücksichtigt wurde, daß das Flugblatt mit dem Streik nichts zu tun hatte, sondern sich gegen die andere Richtung der sozialdemokratischen Partei richtete. — Wegen versuchten Landesverrats angeklagt waren der Werkzeugmacher Franz Koll, die Frau Vina Kummer, deren Mann sich seit drei Jahren in russischer Gefangenschaft befindet, und die Tischlerfrau Gertrud Harms. Die drei Angeklagten arbeiteten in der Munitionsfabrik von Sudkatis in Nichtenberg und sind mit in den Streik getreten. Alle drei hatten für die Arbeiter der Fabrik Vertrauensstellungen inne und beteiligten sich an einer unangemeldeten Versammlung, die die Arbeiter am 30. Januar im Walde von Sadowa abhielten. Es hatten sich ein paar tausend Menschen zusammengesunden, an die u. a. der Abgeordnete Wurm eine Ansprache hielt. Auch Koll und nach ihm die beiden Frauen hielten in dieser Versammlung Reden und sollen die Arbeiter zum Ausbarren im Streik aufgefordert haben. Koll behauptete, daß er nur nach einem Abendspaziergang vom Abend vorher Mitteilung über den Umfang des Streiks den Versammlung gemacht habe. Frau Kummer will nur gesagt haben: „Wir müssen alle zusammenhalten, wir wollen Frieden und unsere Männer haben!“ Frau Harms behauptete gleichfalls, daß sie nur einige Worte gesprochen habe, in welchen sie betonte, daß man durch den Streik auf baldiges Zustandekommen des Friedens hinwirken müßte. Die Belastungen der Angeklagten zu ad. 1) und 2) beruhten im wesentlichen auf den Angaben, die die Frau Kummer bei ihrer ersten polizeilichen Vernehmung gemacht hatte; sie gab diesen im Termin eine andere Deutung. — Der Gerichtshof verurteilte Koll zu 1 Jahr Gefängnis, die beiden Frauen zu je 3 Monate Festungshaft. — Wegen Flugblattverteilung erhielt der Werkzeugmacher Marx 8 Monate Zuchthaus, die in ein Jahr Gefängnis umgewandelt wurden. — Der Schankwirt Otto Masche aus Weiskensee war angeklagt, durch öffentliche Reden zum Streik aufgefordert zu haben. Der Antrag des Richterleiters lautete auf 8 Monate Zuchthaus, umzuwandeln in ein Jahr Gefängnis. Das Urteil lautete auf zwei Jahre Zuchthaus.

Aus der Bewegung.

Aus dem Lager der Berliner Regierungssozialisten. Der „Vorwärts“, der von den Berliner Arbeitern mit so großen Opfern und mit allen Mühen zu einer schneidigen Waffe im Kampfe gegen alle arbeitfeindlichen Mächte gemacht worden war, ist nach dem schändlichen Raube und nach dem gewalttätigen Hinanwurf der Redakteure zu einem Organ geworden, das immer mehr sich der Gunst der bürgerlichen Kreise erfreut. Die jetzige Redaktion rühmt bei jeder Gelegenheit, daß die Abonnentenziffer gestiegen sei, verheimlicht aber die Tatsache, daß die Abonnentenzunahme weniger auf die Berliner Arbeiter, sondern auf Feldpost, Bahnhofsbriefe, Postauslage usw. zurückzuführen ist. Das ist noch lange kein Beweis dafür, daß die Arbeiter zu diesem Organ Vertrauen haben; das ist

so wenig der Fall, als wenn die „Volkszeitung“ und andere Berliner Blätter behaupten wollen, daß ihre Leser unter allen Umständen für die von diesen Blättern vertretene Ansicht zu reklamieren seien. Wir wissen bestimmt, daß mit dem Augenblick, wo es uns möglich ist, ein eigenes tägliches Blatt in Berlin erscheinen lassen zu können, daß kurdios und uner-schrocken ohne jede Rücksicht nach oben die Interessen des Proletariats vertritt, es dem „Vorwärts“ sehr übel ergehen wird. Trotzdem kommt der „Vorwärts“ aus den Schwierigkeiten nicht heraus. Neuerdings ist das Blatt zu einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt worden. Von der Buchdrucker wird das Zeitungsunternehmen getrennt und es wird ein besonderer Geschäftsführer angestellt. Mit der Buchdrucker wird ein besonderer Druckvertrag geschlossen. Die G. m. b. H. wird aus drei Mitgliedern des Parteivorstandes und zwei Mitgliedern von Groß-Berlin gebildet. Vom geschäftlichen Standpunkt aus ist die sachliche Trennung des Zeitungsunternehmens von der Buchdrucker richtig. Bisher ließ sich nämlich nie ein klares Bild über den „Vorwärts“ gewinnen, da er mit der Buchdrucker verflochten war und Richard Fischer sich in seine Bücher über die Drucker nicht hineinsehen ließ. Das führte zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen Parteivorstand und Richard Fischer. Fischer erklärte, den Parteivorstand gehe die Drucker nichts an, sie sei Eigentum der Berliner. Und den Berlinern gegenüber erklärte Fischer, nur die Reuekommission habe zu bestimmen. Jetzt hat man diesem Spiel ein Ende gemacht und damit auch der Tätigkeit Richard Fischers als Geschäftsführer des „Vorwärts“, der er eigentlich nie war, sich dieses Amt aber anmaßte. So hat nun auch Richard Fischer einen Austritt bekommen für seine Helfershelferdienste; er muß sich auf seine Drucker beschränken. Das ist immer das Ende der allzu treuen Friedoline. Verdientes Schicksal!

Um Mitglieder zu erhalten, wenden die Regierungssozialisten die verschiedensten Schläge an. Herr Jacobi vom Verband der Maschinenisten und Feiler ließ sich von einem Verbandsmitgliede das Wahlvereinsbuch zeigen und nahm es an sich. Nach kurzer Zeit stellte er es dem Mitgliede wieder zu. Und was stellte sich heraus? Es war ein Blatt eingeklebt, wonach das Mitglied in den Verein der Regierungssozialisten im 2. Kreis eingeschrieben war. Natürlich meldete der Genosse diesen Vorfall, weil er nicht im entferntesten die Absicht hatte, seine Gesinnung zu wechseln. So arbeiten die Regierungssozialisten in Gewerkschaftsbüros.

Es geht vorwärts. Zur Unabhängigen Partei übergetreten sind die Mitgliedschaften Redaran mit 100, Schweigen mit 148, Sandhosen mit 42 und Wallstadt mit 28 Mitgliedern. Und das im Lande Baden!

Aus Birmlens (Pfalz) wird berichtet: Die hiesige Lokalpresse berichtet, daß Frau Klau mit dem Ludwigskreuz ausgezeichnet wurde. Frau K. ist Mitglied der Regierungssozialisten und die Schwester des Oberhauptes der hiesigen Sozialpatrioten, Feldmüller. Dem Verdienste seine Krone!

Groß-Berliner Chronik.

Auf das Versammlungswesen in Berlin bezieht sich eine Antwort, welche das Oberkommando in den Marken dem Berliner Magistrat auf eine Eingabe hin erteilt hat und die folgenden Wortlaut hat:

Oberkommando in den Marken
Seit. P. Nr. 241078/22527.

Berlin, B. 10, Viktoriastr. 25, 11. 2. 18.

Auf das Schreiben vom 8. Februar 1918, Buchd. G. B., erwidert das Oberkommando, daß die Bestimmungen des Vereinsgesetzes vom 19. April 1908 im diesseitigen Befehlsbereich nach Aufhebung des Artikels 20 der Verfassungsurkunde durch die Bekanntmachung vom 31. Juli 1914 über die Genehmigungspflicht aller öffentlichen Versammlungen und vom 19. März 1916 über die Anzeigepflicht nichtöffentlicher Versammlungen eingeschränkt worden sind. Diese Einschränkungen bestehen auch für Versammlungen der Wahlberechtigten zum Betrieb der Wahlen zu dem auf Gesetz oder Verordnung von Behörden beruhenden öffentlichen Körperchaften.

Es ist Vorsorge getroffen, daß öffentliche Versammlungen in geschlossenen Räumen für den Betrieb der kommunalen Wahlen durch den Herrn Polizeipräsidenten von Berlin zur Vermeidung der Wahlhandlung zugelassen werden, wenn die Einberufer sich mit einer polizeilichen Ueberwachung der Versammlungen einverstanden erklären, und sich selbst verpflichten, für Ruhe, Ordnung und Sicherheit in und nach der Versammlung Sorge zu tragen. Auch dürfen die Reden und eine sich anschließende Diskussion der Bürgerfriede nicht gefährden und den Geistlichen schließlichen Durchhaltens im deutschen Volke nicht irgendwie beeinträchtigen. In den Wahlflugblättern müssen gleichfalls alle gefährlichen, den Bürgerfriede und die Einheit der Bevölkerung gefährdenden Neuherungen vermieden und es muß bei Herstellung und Verbreitung dieser Druckschriften beachtet werden, daß es durch Bekanntmachung vom 1. Juni 1917 verboten ist, Druckschriften ohne Preßvermerk herzustellen oder zu verbreiten.

Von Seiten des Oberkommandos der Chef des Stabes:
von Berge.

An den Magistrat der Königl. Haupt- und Residenzstadt Berlin.

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten in Schöneberg haben dem Stadtverordnetenrat folgenden Antrag zur Verhandlung überreicht: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, im Namen der städtischen Arbeiter bei der Reichsregierung, dem preussischen Minister des Innern und dem Oberkommando in den Marken Beschwerde gegen zu führen, daß beim Zustand der Arbeiterschaft Groß-Berlins zugunsten des

Friedens ohne Annexionen und ohne Kontraktionen den Arbeitern und deren Vertrauensleuten durch Unterdrückung des Vereins- und Versammlungsrechts jede ordnungsgemäße Beratung zum Schaden der Allgemeinheit unmöglich gemacht wurde.

Keine Streikerkinder aufs Land. Kürzlich machte in einer hiesigen Zeitung eine Frau Rittergutsbesitzerin ihrem bedrängten Herzen Luft, indem sie meinte, daß es in Zukunft die Landfrauen, wie sie sich anlässlich der letzten Tagung in Berlin bezeichneten, ablehnen müßten, Kinder aus der Stadt bei sich aufzunehmen, deren Väter sich am Streik beteiligen und damit das Vaterland gefährdet hätten. Die konservative Provinzpresse macht jetzt allgemein mobil, solche Ferienkinder aus Berlin und den Industriebezirken aufzunehmen, und zwar unter der Epitheme: Keine Streikerkinder! Die Blätter verkünden, sie hätten von zuständiger Seite erfahren, daß dieser Möglichkeit im Einvernehmen mit den entsprechenden Kommunalverbänden in ausreichender Weise vorgebeugt sei. Inwieweit diese Behauptung den Tatsachen entspricht, wissen wir nicht. Bisher hieß es immer, daß die Großstadtkinder in Rücksicht auf die in der Großstadt herrschenden Ernährungschwierigkeiten auf das Land geschickt werden sollen. Jetzt soll dieser Grund nicht mehr bestehen, sondern die Verschickung soll von dem Wohlverhalten der Väter dieser Kinder abhängig gemacht werden. Eine prächtige Beleuchtung unseres kritischen Staates. Früher hieß es immer, die Kinder dürfen für die „Sünden ihrer Väter“ nicht verantwortlich gemacht werden. Heute heißt es anders. Im übrigen verlieren die Kinder, die nicht fortkommen, nicht viel. Im Gegenteil. Durch monatelange Abwesenheit kommen sie in ihrer erzieherischen Entwicklung außerordentlich zurück. Sie kommen auf dem Lande in ein- oder zweiklassige Schulen, während wir in der Großstadt die siebenklassige Schule haben. Jeder Rektor und Lehrer wird uns bestätigen, was das heißt, und neulich wurde im Verein für Schulgesundheitspflege die Wiederholung dieser Verdrängung der Kinder aufs Land als außerordentlich schädlich bezeichnet.

Das Hotel Kaiserhof soll erhalten bleiben. Der Aufsichtsrat der Hotelgesellschaft hat den Verkauf abgelehnt, nachdem ihr durch Vermittlung des Berliner Magistrats ein Darlehen verschafft worden ist.

Ein neuer Mord ist im Scheunenviertel verübt worden. Man fand eine Frau Adermann in ihrer Wohnung erschlagen auf. Der eigene Sohn ist unter dem Verdacht, den Mord begangen zu haben, in Haft genommen worden. Die Täter an dem Mord in der Friedrichsgracht sind bis jetzt noch nicht ermittelt.

Brennholz für Kinderbemittelte gibt der Berliner Magistrat aus. Dazu sind besondere Karten nötig, die bei den Bezirkskommissionen zu haben sind. Der Steuerzettel muß vorgezeigt werden. Nur Leute mit Einkommen unter 2000 Mark werden berücksichtigt. Auf die neuen Kohlenkarten können Kohlen entnommen werden. Leider sind keine Kohlen zu erhalten. Schon mit den alten Karten haperte es, daß sehr viele verfallen sind.

Der Arbeiterschwimmport hat, wie aus einem Bericht des Kreisrat I des Arbeiter-Wassersport-Verbandes von dem kürzlich stattgehabten Kreisstag in Köpenick hervorgeht, im letzten Sommer nur in offenen Gewässern ausgeübt werden können, weil die Berliner und Charlottenburger Schwimmhallen geschlossen waren. Eine Eingabe an den Magistrat betreffend Deffnung der Badeanstalten wurde abschlägig beschieden. Daß die arbeitenden Schichten dem Schwimmsport großes Interesse entgegenbringen, zeigte der gute Besuch der zahlreichen Partien und Schwimmfeste. Für den kommenden Sommer sind wieder verschiedene Veranstaltungen festgesetzt. Alles Nähere ist von Franz Richling, Kurfürstenstraße 41, zu erfahren. Ein Schwimmfest hielt am Sonntag, den 10. Februar, in der städtischen Badeanstalt Neukölln die vier Arbeiter-Schwimmvereine Nord, Freiheit, Welle und Südost ab. Die Badeanstalt war bis auf den letzten Platz gefüllt, und man verfolgte mit großem Interesse die Darbietungen. Trotz der schlechten Ernährungsweise waren die Leistungen immer noch anerkennenswert. Der Anfangs- und der Schlussreigen fanden besonderen Beifall.

Aus der Zeit.

Seinem Leben durch Erschießen ein Ende gemacht hat der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz. Der Mann war erst 35 Jahre, eine Frau hatte er nicht. Er war einer der reichsten Fürsten, es fehlte ihm also an nichts. Nahrungsvorsorgen kannte er nicht. Es heißt, seine Nervenverfassung sei nicht mehr intakt gewesen.

Eingefallene Hamster. Das Schöffengericht in Kassel fällt in einer Hamstersache ein Urteil, das heitere Genugtuung weckt. Der Direktor einer hiesigen chemischen Fabrik kaufte bei einem Landmanne aus der Gohre einen 15 pfündigen Schinken zu 215 Mk. Beim Ausschneiden zeigte sich, daß der Schinken verdorben und nicht zu genießen war. Der Bauer wollte aber die 215 Mk. nicht herausgeben, und so wurde der Ladi angerufen. Dieser entschied salomonisch: Der Bauer zahlt die 215 Mk. zurück und zahlt wegen Ueberschreitung der Höchstpreise für Schinken 200 Mk. Strafe. Der Fabrikdirektor, der gehamstert hat, zahlt wegen Bergehens gegen das Höchstpreisgesetz und die Bundesratsverordnung vom 26. Juni 1916 eine Geldstrafe von 300 Mk.

Das Mysterium. Im „Evangelischen Sonntagsblatt aus Bayern“ vom 10. Februar lesen wir folgende Anzeige:

Gesucht gläubige Haushälterin oder Köchin u. Frau od. Mädchen, auch ältere, zu Hausarb. und Pflege für 1-2 Kühe, sofort oder später.

Gräfin v. Westarp, Reichenberg-Koburg. Was heißt das nun? Braucht die Frau Gräfin die gläubige Haushälterin für sich oder für ihre Kühe?

Zu den Stadtverordneten-Ersatzwahlen.

Am Sonntag, den 3. März, finden im 4. und 34. Kommunalwahlbezirk Ersatzwahlen zur Stadtverordnetenversammlung statt. Für unsere Partei kandidieren im 4. Bezirk Genosse

Adolf Harndt

und im 34. Bezirk

Rechtsanwalt Dr. Siegfried Weinberg.

An unsere Genossen ergeht die Aufforderung, recht rege für unsere Kandidaten zu werben.

Genossen, die am Sonntag, den 3. März, dem Wahltage, im 34. Kommunalwahlbezirk helfen wollen, melden sich bei Henkel, Usedomstraße 18.

Gemeindewahl in Friedenau.

Am Montag, den 4. März, finden die Ergänzungswahlen zur Gemeindevertretung statt. Da in der 3. Abteilung nur Hausbesitzer zu wählen sind, fordert der Vorstand des Wahlvereins zur **Wahlenthaltung** auf. Die Genossen werden um möglichste Verbreitung dieser Notiz ersucht.

Arbeiter-Bildungsschule.

Schilderstraße 6. Eingang durch die kleine Tür im Eisengitter.

Sonntag, den 3. März, wird Genossin Käthe Duncker in dem Vortragszyklus über Erziehungsfragen das Thema: **Schule und Erziehung** behandeln.

Anfang abends 8 Uhr, Eintrittspreis 20 Pf.

Dienstag, den 5. März, spricht Genosse Eduard Bernstein im Kursus über Völkerrecht im besonderen über das Thema: **Die deutsche Rechtswissenschaft und die Ethik im Völkerrecht.**

Quittung.

An freiwilligen Beiträgen für die Familien der Opfer des Kriegszustandes gingen bei der Unterzeichneten ein: Alm. 100 Mk., Hs. 100 Mk., durch Frl. Säß vom Betrieb Lande 33,30 Mk., durch Frau Kautsky 50 Mk., 5 Mk. und 100 Mk., vom Friseur 189,20 Mk., von Felly 50 Mk., aus Barade 4. W. Reichbrücke 26,50 Mk.

Luise Bieg,

Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 21, 2. Hof, 3 Tr. (Postfachkonto 82287.)

Für den Pressefonds: Wir stehen auf der Wacht. Aus der Provinz 2 Mk. Feldgenosse J. durch Rosemann 8 Mk.

Zur Wahl in Niederbarnim: 10 Mk. durch F. L.

Zur Unterstützung der Familien der Inhaftierten und Verurteilten gingen bei dem Unterzeichneten folgende freiwillige Beiträge ein: 1. Rate: Argus-Motoren, Reinickendorf, Abt. Fertigmacher 22 Mk., Abt. Schlosserei, Teiibau 92 Mk., Abt. Cylinderbau 88 Mk., Kollegen der Metallgießerei Rohrbach & Co. 30 Mk., Arbeiter der Firma Fischer, Abt. Königstraße, 30 Mk., Auf 10 Listen Arbeiter der Firma Anordremse 616,75 Mk., Schöneiche 75 Mk., Niederbarnim auf Listen 573,65 Mk., 2. Rate: Argus-Motoren, Reinickendorf, Abt. Werkzeugbau 88 Mk., Abt. Reparatur 121,50 Mk., Abt. Motorbau 71 Mk., Abt. Fertigmacher 21 Mk., Abt. Cylinderbau 88 Mk., Abt. Teiibau 77 Mk., Oniz, Reinickendorf 89,75 Mk., Reinickendorf-Ost, 5. Bezirk 5 Mk., 2. Kreis, 2. Abt., Sechserklasse 20 Mk., Auf Listen 6050-52 G. B. Görz, Abt. P. F., Mühlenstraße 8, 400,50 Mk., Firma Stolzenberg, Reinickendorf, Rate 41 Mk., 2. Rate 41,50 Mk.

Richard Herbst, Schilderstr. 5.

Für die in München anlässlich des Streiks Verhafteten und ihre Hinterbliebenen gingen ein: Auf Listen durch B. 193 Mk., S. 50 Mk., auf Listen 62,10 Mk., Summa 305,10 Mk. Weitere Geldspenden nimmt entgegen Viktoria Gärtner, München, Martinst. 10/3.

Vereins-Veranstaltungen.

Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 3. März, vorm. 9 Uhr, Pappel-Allee 15/17; Neukölln, „Idealcasino“, Weichselstr. 8; Oberschöneweide, Wilhelmminenhofstr. 43 bei D. Pamp: „Freireligiöse Vorträge“. — Vorm. 10 1/2 Uhr, Kl. Frankfurterstr. 6: Vortrag des Herrn Ernst Däumig: „Wanderungen durch die Kirchengeschichte. XVI. Die Jesuiten.“ — Gäste willkommen.

Neukölln.

Der Ortsverein Neukölln der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei veranstaltet am **Sonntag, den 3. März,** in den **Passage-Festjalen**, Bergstr. 151, einen

Unterhaltungs-Abend

bestehend aus

Musik- und Gesangsvorträgen und Rezitation.

Eintrittspreis einschl. Garderobe 1 Mark.

Ein eventueller Ueberschuß wird den Jugendheimen überwiesen. — Beginn 8 1/2 Uhr.

Eintrittskarten nur für Mitglieder sind im Büro Neckarstraße 3, zu entnehmen.

Unserem lieben Freund und Genossen **Gustav Fahnert** zu seinem 50. Geburtstag die besten Glückwünsche. Die Genossen des 288. Bezirks, 4. Kreis.

Unserem Freunde und Genossen, dem Bezirksführer **Hermann Gerke** die herzlichsten Glückwünsche zur silbernen Hochzeit. Die Funktionäre der 13. Abt. des 6. Kreises.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.

Filiale Berlin. Sebastianstraße 37-38.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Kollegen!

Am 24. November 1917 fiel in Italien der Wäschezschneider, Kollege

Alfred Fischer

geb. 29. 4. 87.

Am 25. Januar 1918 starb im Lazarett in Kassel der Kollege (Branche Damenkonfektion)

Johann Jakubek

geb. 2. 7. 84.

Am 22. Januar 1918 starb im Lazarett in Königsberg der Herrenmäschnneider, Kollege

Willy Julke

geb. 7. 11. 83.

Am 1. Februar 1918 starb im Lazarett an Herzlähmung der Militärschneider, Kollege

Eugen Hoffmann

geb. 22. 5. 70.

Am 23. Dezember 1917 starb der Herrenkonfektionsschneider, Kollege

Franz Altmann

geb. 22. 8. 85.

Am 15. Dezember 1917 fiel der Wäschezschneider, Kollege

Karl Beneke

geb. 15. 7. 90.

Die Ortsverwaltung.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

4. Wahlkreis.

Am 10. Januar fiel im Alter von 39 Jahren der Tischler

Wilhelm Angerer

Liegnitzer Str. 19, Bezirk 205 I.

6. Wahlkreis.

Am 15. Februar fiel als Opfer des Krieges der 33 jährige Mechaniker

Ernst Dobbert

Gotlandstr. 6, 6. Abt., Bez. 588.

Am 18. Januar fiel im Alter von 34 Jahren der Schmiedeführer

Heinrich Sabel

Ramerumerstr. 18, 22. Abt., Bez. 776.

Ehre ihrem Andenken!

Nachruf.

3. Wahlkreis.

Am Freitag, den 22. 2. 1918 verstarb unsere Genossin, Frau

Franziska Rölle.

Die Gnadensicherung hat stattgefunden.

6. Wahlkreis.

Am 18. Februar verstarb der Robelstischler

Wilhelm Henkies

Alkerstr. 113, 10. Abt., Bez. 624.

Desgleichen der Schriftsetzer

Reinhold Matthes

Alkerstr. 136, 9. Abt., Bez. 627.

Am 19. Februar verstarb der Arbeiter

Christian Kuba

Sparstr. 26, 16. Abt., Bez. 758.

Sozialdem. Wahlverein Nieder-Barnim. Bezirk Weichensee.

Am 21. Februar verstarb nach langem Leiden unsere langjährige Genossin

Flora Poddig.

Ehre ihrem Andenken!

Niederbarnim.

Auf die Schanzen!

Die Ersatzwahl im Niederbarnimer Reichstagswahlkreis ist nicht bloß eine Angelegenheit der Genossen dieses Kreises, es handelt sich bei ihr nicht allein um die Erringung des Mandats, sie hat vielmehr in dieser Zeit weltgeschichtlichen Geschehens die höchste politische Bedeutung nach innen wie nach außen. Sie muß zu einer Protestäußerung werden gegen die Reaktion im Innern und die Gewaltpolitik nach außen, zu einer Willenskundgebung des arbeitenden Volkes für einen baldigen, dauernden Frieden, gegen die offenen Arbeiterfeinde und die falschen Arbeiterfreunde.

Diese Wahl ist ein Teil des proletarischen Befreiungskampfes, den die Arbeiterklasse, den die Unabhängige Sozialdemokratie zu führen hat. Eine Niederlage wäre gleichbedeutend mit einem Triumph der Reaktion im Innern, der Gewaltpolitik nach außen. In unzähligen Fällen hat sich der Regierungssozialismus in dieser Kriegszeit als Schleppenträger der Reaktion erwiesen, schon jetzt rüsten sich die konservativen und nationalliberalen Arbeiterfeinde, um ihm im Falle einer Stichwahl zu dem Mandate zu verhelfen.

Das kann, das darf nicht sein! Aber die Groß-Berliner Genossen haben zu bedenken, daß die Unabhängige Sozialdemokratie den Wahlkampf unter den denkbar ungünstigsten Verhältnissen zu führen hat. Da kommt es auf die Mithilfe jedes Einzelnen an. Alle persönlichen Bedenken, alle Lauheit, alle Bequemlichkeit müssen um der Sache willen zurücktreten. Es handelt sich um die Sache des internationalen Sozialismus, um Wohl und Zukunft der Arbeiterklasse. Darum muß jeder Groß-Berliner Genosse an seinem Teil am Wahlkampf teilnehmen, durch Flugblattverteilung, durch Agitation und durch Hilfe am Wahltag.

Niederbarnim muß der Unabhängigen Sozialdemokratie erhalten bleiben!

Abhängige und Opposition.

Von Rudolf Breitscheid.

Die leitenden Männer des Regierungssozialismus fühlen sich schon seit einiger Zeit nicht mehr ganz wohl in ihrer Haut. Ihre Anhänger fangen an, des trockenen Tones satt zu werden und sähen es gern, wenn die Partei einmal wieder wie in vergangenen Zeiten ein wenig den Teufel spielte. Der Stand der inneren wie der äußeren Politik scheint ihnen eine solche Wendung erforderlich zu machen. Sie finden, daß die Probe, auf die man ihre Geduld und ihre Vertrauensfestigkeit gestellt hat, lang und hart genug gewesen ist. Ueber solche Oppositionsneigungen kann man nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, und die gescheiterten und gescheiterten Köpfe werden daher aufgeboten, um sich mit der Masse und ihren Wünschen auseinanderzusetzen.

Wie in allen schwierigen Fällen dieser Art muß sich besonders Friedrich Stampfer bemühen. Er besitzt das Talent, schöne Formeln zu finden und verfügt nach Bedarf sowohl über die linden und einschmeichelnden, wie über die scharfen und drohenden Töne. Er ist überhaupt ein geschickter Politiker. Einen Klugen kann man ihn leider nicht nennen, da ihm die Fähigkeit abgeht, im rechten Augenblick auch einmal nicht klug zu sein.

Dieser bedenkliche Mangel offenbart sich auch im gegenwärtigen Moment. Er glaubt, mit staatsmännisch überlegenen Redensarten die Situation meistern zu können. Die Frage, warum die Mehrheitssozialisten unter den gegebenen Umständen nicht zur Opposition übergehen, nennt er eine „alte Papageienrede“, und um die Antwort, die er auf das ungeduldige „Wann endlich?“ erteilt, wüßte ihn die selige Pythia, die im grauen Alter-

tum in Delphi ihre stets sehr weisen, aber nicht immer ganz durchsichtigen Ratschläge erteilt, beneiden.

„Erst dann“, so orakelt er, „wenn sich voraussehen läßt, daß aus einer veränderten Haltung der deutschen Sozialdemokratie etwas Nützliches für das deutsche Volk und für den Weltfrieden herauskommt.“

Run wissen es die wißbegierigen Frager mit ihrer alten Papageienrede.

Aber Stampfer scheint selbst das Unzulängliche seiner so überaus klugen Auskunft zu erkennen, und er ergeht sich deshalb noch in einer Betrachtung über Sinn und Möglichkeiten der Opposition, die insofern sehr dankenswert ist, als sie uns einen schönen Einblick in die politische Seele der Regierungssozialisten gestattet.

Eine große Partei, so heißt es, könne es nicht machen wie Tante Ulrike, die auf dem Sofa sitze und lächelnd Opposition ohne Aktion sei. Opposition ohne Aktion aber könne nur außerparlamentarisch sein. Die Frage, ob eine solche außerparlamentarische Aktion möglich und aussichtsreich sei, wird nicht unmittelbar beantwortet, indessen lassen die weiteren Ausführungen über die Machtgewinnung durch den Reichstag keinen Zweifel daran aufkommen, daß Stampfer sie verneint.

Ist das nicht eine famose Art, den Unzufriedenen das Maul zu stopfen? Mit der Geschwindigkeit eines Taschenspielers wird die rein parlamentarische Opposition abgetan, und man verschiebt den Schwerpunkt der Angelegenheit, indem man die Kritiker vor die unbequeme Frage stellt, ob sie die außerparlamentarische Aktion, mit anderen Worten den Generalstreik oder gar die Revolution, wollen. Daß sie darauf, selbst wenn sie es möchten, zurzeit nicht bejahend antworten können, weiß Stampfer sehr wohl, aber es ist ja sein Zweck, den unzufriedenen Elementen in der Partei Verlegenheiten zu bereiten und die Aufmerksamkeit vom Kernpunkt des Streites abzulenken.

Dieser Kernpunkt ist und bleibt die parlamentarische Stellung der Mehrheitsfraktion zu der Regierung und den bürgerlichen Parteien: sollen weiter die Kredite bewilligt werden, soll die Fraktion im Resolutionsblock bleiben, soll sie ihre wohlwollend-gönnere Haltung gegenüber der Regierung beibehalten, oder soll sie in die Opposition treten?

Es ist einfach ein schlechter Witz, eine Partei in parlamentarischer Opposition mit der übernehmenden Tante auf dem Sofa zu vergleichen. Zum mindesten sollte jemand, der selbst jahrzehntlang die Sozialdemokratie, die eine derartige Politik trieb, Tag für Tag besungen hat, auf die Anwendung eines solchen Bildes verzichten. Mag sein, daß es Momente gab, wo die sozialdemokratische Opposition etwas vom Schmolley an sich hatte, aber es heißt Schaumschlägerei treiben, daraus die Torheit und Unfruchtbarkeit einer parlamentarischen Opposition überhaupt herleiten zu wollen. Gerade wenn man, wie es doch von Seiten Stampfers und seiner abhängigen Freunde deutlich genug geschieht, die Aktion auf der Straße und in den Fabriken ablehnt, bleibt die einzige Aktion des Widerspruchs die innerhalb der Volksvertretung, und wenn die Mehrheitssozialisten diese als sinnlos verspotten, dann ist es um den Parlamentarismus, für den sie sich begeistern, recht sonderbar bestellt. Der Parlamentarismus ist für sie dann wohl die Bereitwilligkeit zu der berüchtigten positiven Mitarbeit, die von Zeit zu Zeit mit einem Ministerjessell belohnt wird. Sie sind mit Gottes Hilfe in ihrer politischen Praxis dort angelangt, wo so lange schon die Nationalliberalen halten.

Ueber die Möglichkeiten und Unmöglichkeiten der Opposition zu reden, liegt jedoch am Ende nur dann ein Anlaß vor, wenn der Wille zur Opposition überhaupt vorhanden ist. Der aber fehlt den Regierungssozialisten.

Zwar lehnen sie ein Aufgeben ihrer bisherigen Stellungnahme nicht unbedingt ab, indessen wollen sie diesen Akt auf einen Zeitpunkt vertagen, an dem

sich voraussehen läßt, daß dabei etwas Nützliches für das deutsche Volk und den Weltfrieden herauskomme. Sie glauben nicht an eine so segensreiche Wirkung in der gegenwärtigen Stunde, und deshalb verharren sie in einer Haltung, die man mehr als glimpflich beurteilt, wenn man sie eine wohlwollende Neutralität gegenüber der Regierung nennt. Dabei sind sie mit Parteien verbündet, die aus ihrer Entschlossenheit, die Regierung ohne weitere Umschweife zu unterstützen, kein Hehl machen, und dabei treibt diese Regierung eine Politik, die sich im Innern wie nach außen von sozialistischen und demokratischen Grundsätzen und Forderungen weit entfernt hält.

Wir Unabhängigen erachten es für unsere Pflicht, bei einer derartigen Lage der Dinge auf die „positive Mitarbeit“ dankend zu verzichten und glauben, daß man dem Volk und dem Weltfrieden schon damit einen ausgezeichneten Dienst erweist, wenn man Klarheit über die Pläne und Ideen der maßgebenden Stellen verbreitet. Auch der „Vorwärts“ wird nicht müde, Klarheit zu fordern und der Regierung gut zuzureden, sich über ihre Absichten zu äußern. Aber die Unklarheit und Zweideutigkeit der eigenen Haltung verleiht nicht das Recht, von anderen unumwundene Bekenntnisse zu fordern, und die so offen zur Schau getragene Abneigung gegen oppositionelle Maßnahmen wird jede Regierung ermutigen, hinter dem Nebelschleier schöner Redensarten zu tun, was ihr und der Vaterlandspartei gefällt.

Wer Klarheit will, muß mit den Unabhängigen gehen.

Die Unabhängige Sozialdemokratie und der Ukraine-Frieden.

Der „Vorwärts“ vom 23. Februar zerbricht sich den Kopf darüber, wie es möglich sein konnte, daß die Unabhängige Sozialdemokratie dem ersten Frieden, der in diesem Kriege abgeschlossen wurde, die Zustimmung zu versagen, und er meint, die Wähler von Niederbarnim würden diese Handlungsweise einfach nicht verstehen. Wir schätzen die Wähler von Niederbarnim höher ein, und wir glauben auch, daß die Vorwärtsleute nach der Rede des Genossen Dr. Cohn, in der er die Gründe der Ablehnung angab, keineswegs ihrer Sache so sicher sind, wie sie nach außen hin tun.

Leider sind wir nicht in der Lage, diese Reichstagsrede in ihrem vollen Wortlaut, wie sie in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 25. Februar stand, zum Abdruck zu bringen. Der in ihr gegebenen Rechtfertigung unserer Politik sowie den Anklagen, die der Genosse Cohn gegenüber der Regierung und den sie unterstützenden Parteien erhob, kann sich niemand verschließen, der auch nur einen Funken sozialistischer Gesinnung in sich trägt.

Die Scheidemannier bewilligen den Frieden, weil es der erste Friede ist, der geschlossen wird, so ungefähr sagt der „Vorwärts“. Sie erheben zwar auch gewisse Bedenken, aber diese Bedenken gehen nicht so weit, daß sie das Handeln beeinflussen könnten. Was macht es ihnen schließlich aus, daß dieser sogenannte Frieden die Einleitung und Vorbedingung erneuter Kriegshandlungen im Osten und im Westen war! Der Friede mit der Ukraine ruht auf schwachen Füßen. Der Friedenszustand, die Durchführung der Friedensbestimmungen muß erst von ukrainischen Truppen gegen ihre eigenen Landsleute und gegen die Russen erkämpft werden, und die deutschen Truppen leihen dabei dem durch den Friedensschluß von Rechts wegen neutral gewordenen Staate ihre Unterstützung. Ein neuer Beweis für die Bedeutungslosigkeit des Völkerrechts in diesem Kriege, vor allem aber eine Illustrierung des Ukraine-Friedens, wie man sie deutlicher nicht wünschen kann. Ukrainer gegen Ukrainer, und Ukrainer gegen Russen stehen im Kampf. Der „Friede“ mit Deutschland bedeutet für die Ukraine Krieg gegen Rußland und gegen einen Teil des eigenen Volkes.

Weshalb brauchte die deutsche Regierung diesen Frieden? Er soll „den Krieg nähren“, wie Genosse Dr. Cohn sehr treffend bemerkte. „Der Friede mit der Ukraine ist in Wahrheit kein Friedensvertrag, sondern lediglich ein Kriegsmittel...“

Dieser Friede soll gemacht werden, um den deutschen Frieden, den Nachtfrieden nach Westen hin zu erkämpfen."

Und nicht nur das. Jetzt, wo man mit der ukrainischen Rada handelseinig geworden war, konnte man den Kampf gegen Rußland fortsetzen, konnte man den russischen Ostseeprovinzen den Frieden aufzwingen, von dem die Vaterlandspartei und die Alldeutschen geschwärmt haben. Dieser Friede wird uns nicht ein ruhiges Nebeneinanderleben im Osten bringen. Er bedeutet die beständige Beunruhigung Deutschlands, bedeutet den Keim zu neuen Kriegen, bedeutet erneute Rüstungen, wenn der Krieg beendet ist.

Für einen solchen Frieden stimmten die Regierungssozialisten, die Partei, der Herr Wislief angehört. Und sie nennen ihn einen annexionslosen Frieden, weil nicht der Ukraine, wohl aber den Polen versprochenes Gebiet abgenommen wird. In der Tat, ein Friede, der allen Grundsätzen der sozialistischen Friedensauffassung ins Gesicht schlägt. Wo bleibt das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das nicht nur wir, die Unabhängige Sozialdemokratie, sondern angeblich auch die Scheidemannpartei fordert? Es ist mit Füßen getreten. Niemand hat die Bevölkerung des Cholmer Gebietes gefragt, ob sie im Verband der Ukraine leben will.

Trotzdem stimmen die „Abhängigen“ mit den bürgerlichen Parteien für den Ukraine-Frieden, nur die Polen und Dänen schließen sich den Unabhängigen Sozialdemokraten an. Und sie wundern sich über unsere Haltung und glauben, daß niemand im Wahlkreis Niederbarnim sie verstehen wird!

Nun, wir sind der Ueberzeugung, daß in der Arbeiterschaft Niederbarnims nur eine Frage laut werden wird, und die ist: „Worin unterscheiden sich denn jetzt noch die Abhängigen von den Bürgerlichen?“ Und die Antwort auf diese Frage dürfte freilich nicht ganz leicht sein.

Zur Reichstagsersatzwahl in Niederbarnim.

Wähler-Versammlungen.

Wählerversammlungen haben auch in der letzten Woche in verschiedenen Orten des Kreises stattgefunden. Der Kandidat der Regierungssozialisten, der Vertrauensmann der Generalkommission, sprach kürzlich in Pankow und Waidmannslust. In Pankow bestand der größte Teil der Anwesenden aus unseren Genossen. In der Diskussion sprach Genossin Breitscheid. Dann folgte Griebel, der aber die Zeit so ausnützte, daß der Referent einige Schlüsselwörter sprach und von unseren Genossen niemand mehr das Wort erhielt; das veranlaßte unsere Freunde, zum Protest dagegen den Saal zu verlassen und die paar Mann, die noch übrig blieben, allein zu lassen.

In Niederschönhausen sprach am 19. Febr. der Abgeordnete Fris Kunert. Er schilderte die Verdienste des langjährigen Vertreters des Kreises, des verstorbenen Abgeordneten Stadthagen, und rechnete Scharf mit der Politik der Scheidemannner ab. Wer wolle, daß wirkliche sozialistische Politik getrieben werden solle, der könne am 14. März keinem anderen Kandidaten seine Stimme geben als dem Kandidaten der Unabhängigen Sozialdemokratie, und dieses sei der Schriftsteller Dr. Rudolf Breitscheid.

Zum zweiten Punkt Diskussion hatten sich Gegner nicht zum Wort gemeldet. Hieraus nahm die Genossin Breitscheid das Wort. Sie teilte mit, daß es dem Kandidaten nicht möglich sei, sich den Wählern vorzustellen, weil er zwei Tage vor Ablauf seines Urlaubs wieder an die Front zurückbeordert sei. Sie ergänzte noch in verschiedenen Punkten die Ausführungen des Referenten. Sie kam auf die Haltung der französischen Genossen von der Seine-Föderation sowie im Nationalrat zu sprechen. Reicher Beifall lohnte die Ausführungen. Nachdem noch Genosse Buchweit zu reger Beteiligung der Genossen für die Agitation in den Wahlkreisen aufgefordert, schloß der Vorsitzende, Genosse Kraushaar, die Versammlung mit dem Appell, die Zeit bis zum 14. März mit der Agitation voll auszunutzen, damit der Genosse Breitscheid als Sieger aus der Wahl hervorgehe.

Tegel. Die am Montag, den 18. d. M., abends 8^{1/2} Uhr, stattgefundene Wählerversammlung war von circa 300 Personen besucht, die sich aus beiden Richtungen zusammensetzten. Der Referent, Reichstagsabgeordneter Gen. Henke, verstand es in seinem einstündigen Referat, die Zuhörer zu fesseln. Er führte aus, daß es auch bei der kommenden Ersatzwahl nicht gleichgültig sein kann, wem man seine Stimme gibt. Der abhängige Kandidat, Herr Wislief, der mit der bürgerlichen Mehrheit gehen will, könne für die Arbeiterschaft nicht der geeignete Kandidat sein. Wenn die Arbeiterschaft sich ihre Rechte erhalten will, so kann sie es nur aus eigener Kraft. Und da kann es nur einen Weg für sie geben, sich der Unabhängigen Sozialdemokratie anzuschließen und am 14. März, am Wahltag, dem Genossen Breitscheid seine Stimme zu geben. Eine Diskussion fand der einschränkende Bestimmungen wegen nicht statt. Mit einem Schlüsselwort des Versammlungsleiters, Genossen Thomas, der an die Tegeler Genossen appellierte, bis zum Wahltag kräftig mitzuhelfen und sich der Unabhängigen Sozialdemokratie anzuschließen, wurde die Versammlung geschlossen.

Hilfsbereite Genossen mögen sich sofort zur Verfügung stellen.

Kreis Niederbarnim.

Öffentliche Wählerversammlungen:

Sonntag, den 3. März:
Ragel, Rienbaum, Pichtenow in Ragel, Rest. zur „Aloiserglocke“, Gastwirt Gröll, nachm. 2 Uhr;
Karlsdorf im „Fürstenbad“ an der Prinz-Albert-Straße, nachmittags 5 Uhr;
Waidmannslust, Permsdorf und Umgegend in Permsdorf im „Bellevue“ am Bahnhof, nachmittags 4 Uhr;
Stralau bei „Steinide“, Alt-Stralau 5, nachmittags 4 Uhr.

Karlsdorf. Öffentliche Wählerversammlung am Sonntag, den 3. März, nachmittags 5 Uhr, im Rest. Fürstenbad, an der Prinz-Albert-Straße.

Weihensee. Den Genossen zur Mitteilung, daß am 6. März ein außerordentlicher Jahlabend stattfindet.

Am Freitag, den 8. und Sonnabend, den 9. März, abends 7 Uhr, treffen sich die Genossen im Lokal der Wm. Louis Fieberer, Nöbelsstraße 165, um die Wahlaufrorderungen zu vertutieren.

Am Sonntag, den 10. März, früh 8 Uhr, Treffpunkt im Lokal von Masche zwecks Verteilung der Wahlaufrorderungen und Flugblattverteilung. Zahlreiche Beteiligung ist notwendig.

Die Politik

der ungarischen Sozialdemokratie.

In der „Wiener Arbeiterzeitung“ schreibt Genosse Diner-Dénes (Budapest):

Ganz wie in anderen Ländern hat auch bei uns der jüngste Generalfreik den Ansehen erweckt, als ob die Parteidisziplin stark gelockert und das Vertrauen der Arbeiterschaft zur Parteileitung erschüttert sei. Als dann auch die Parteileitung abhandelte, hielt die ganze bürgerliche Welt dies für eine Verhöhnung jenes Ansehens, und es entstanden rasch allerlei Gerüchten über eine ähnliche Spaltung in der ungarländischen Partei, wie sie zum größten Schaden der proletarischen Bewegung in Deutschland stattgefunden.

Wir allerdings, die wir das innere Leben unserer Partei genau kennen, wußten, daß hier eine Spaltung nie und nimmer eintreten wird, und daß es nur einer offenen Aussprache bedürfte, um unsere Partei einheitlicher zu gestalten, als sie je war. Diese Aussprache ist nun auf dem außerordentlichen Parteikongreß am 10. Februar erfolgt, und wenn das kämpfende Proletariat mit dem Ergebnis — das auch die Wiederwahl der alten Parteileitung brachte — voll und ganz zufrieden sein kann, dürfte die Regierung und zumal ihr tatsächlicher Leiter Dr. Bazsonyi, der die Welt glauben gemacht, daß er der Herr unserer Partei sei, immer unzufriedener sein.

Wie irrig es war, die scheinbare Lockerung der Parteidisziplin auf die Einmischung unberufener bürgerlicher Elemente in das Parteigetriebe zurückzuführen, zeigt am klarsten die scharf antibürgerliche Entscheidung, die auf dem Kongreß gerade bei den Arbeiterrednern am kräftigsten zum Durchbruch kam. Während unsere Partei schon seit etwa sechs Jahren Hand in Hand mit den fortschrittlichen bürgerlichen Parteien für das demokratische Wahlrecht und eine moderne Umgestaltung des alten, feudalen Ungarn kämpft, entschied sich der Kongreß für einen Bruch mit den bürgerlichen Parteien und mit der Freimaurerei.

Ob dieser Beschluß richtig war, ja mehr, ob er durchführbar sein wird, kann erst die Zukunft entscheiden.

Daß aber trotz dieser Erkenntnis der Bruch ausgesprochen werden mußte, hat zweierlei Ursachen: vorerst die russische Revolution, dann aber das Gehaben unseres allerneuesten Diktators Dr. Wilhelm Bazsonyi.

Dr. Bazsonyi, der mit Hilfe des Wahlrechtsblocks, in dem auch unsere Partei vertreten war, zu einem Ministerposten gekommen, tat die ganze Zeit her so, als ob er eigenmächtig über die sozialdemokratische Partei verfügen könne. Hat diese Ueberhebung des überaus eiteln Mannes auch früher schon in unserer Partei übelgewirkt, so wandelte sich diese Stimmung in den letzten Wochen, da dieser Demokratenhäuptling reaktionstoll geworden, in helle Entrüstung.

Könnte früher diese Entrüstung nicht zu Worte kommen, weil die Zensur jedes, aber auch jedes gegen Dr. Bazsonyi gerichtete Wort unterdrückt, so brach sie sich mit um so größerer Kraft in den Kongreßreden Bahn. Während sich Dr. Bazsonyi, bevor er Minister geworden, auf den Hütern der Tradition der großen französischen Revolution hinausspielte, gibt er sich als Minister zum Werkzeug der allreaktionärsten Bestrebungen her und kam hierdurch vielfach in scharfsten Gegensatz mit unserer Partei und den demokratischen Bestrebungen der bürgerlichen Parteien. Und trotzdem fand er in seiner grenzenlosen Eitelkeit den Mut, sich in offener Parlamentssitzung damit zu brüsten, daß er den jüngsten Generalfreik abgerufen hat.

Für diese Anmaßung wie auch für sein reaktionäres Gehaben erhielt Herr Dr. Bazsonyi auf dem Kongreß die gebührende Abfertigung. Vergeblich hat dieser ganz eigenartige Demokrat in einem Teil der bürgerlichen Presse gänzlich gefälschte Berichte über den Kongreß untergebracht und in dem andern Teil der bürgerlichen Presse und in unserem Parteiblatt den Bericht in den Grund und Boden zensuriert. Wer am Kongreß Zeuge der Zustimmung war, mit der jeder Angriff gegen Dr. Bazsonyi aufgenommen wurde, weiß, daß das Klatschstück zwischen ihm und unserer Partei endgültig entzweit ist.

Wird die Regierung daran festhalten, daß der von ihr eingereichte Wahlrechtsentwurf nicht geändert werden darf, dann kann sie trotz Dr. Bazsonyi auf die Unterstützung unserer Partei in dem Kampfe gegen

Stephan Tisza und die Arbeitspartei rechnen. In allem übrigen aber wird von nun an unsere Partei selbstbewußt und klassenbewußt ihren eigenen Weg gehen."

Gruppierungen der französischen Partei.

Innerhalb der französischen Partei scheint sich eine neue Wandlung zu vollziehen. Die Ereignisse im Osten, die Zurückhaltung der französischen Regierung gegenüber den Bolschewiks, die Verfolgung der Friedenspropaganda in Frankreich sowie die Haltung der Regierung Clemenceaus bei der Debatte gegen Gailaug haben wohl bei manchem Parteigenossen Zweifel aufkommen lassen, ob die bisher eingeschlagene Taktik, ob vor allem die Bewilligung der Kriegskredite das Richtige sei. Wie stark die Abneigung ist, auf dem bisher eingeschlagenen Wege weiter zu wandern, wird sich auf dem in der nächsten Zeit stattfindenden Nationalrat der französischen sozialistischen Partei herausstellen. Daß eine nicht ganz unbedeutliche Strömung vorhanden ist, die die Bewilligung der Kredite nicht mehr als unabwendbare Pflicht ansieht, geht daraus hervor, daß bei den Resolutionen, die dem Nationalrat der Seineorganisation am vergangenen Sonntag vorlagen, sich eine besondere der „Centristen“ befand, einer Gruppe, die sich von der Rechten der Partei, also der sogenannten Mehrheit, losgelöst, die unter bestimmten Bedingungen sich gegen die Bewilligung der Kredite ausspricht. Die Centristen erklären sich bereit, ebenso wie die ganze Minderheit gegen die Kriegskredite zu stimmen, aber sie wollen es der Fraktion und der Permanenten Verwaltungskommission (Partei-Vorstand) überlassen, zu untersuchen, „ob die provokatorische und antinationale Politik des Ministeriums Clemenceau gegenwärtig nicht danach angeht, die Verweigerung der Kredite zu rechtfertigen.“

Ebenso wie die Mehrheit, ist auch die Minderheit gespalten. Eine Anzahl der Anhänger des „Comitees für die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen“ (die Minderheitsorganisation) bringen eine eigene Resolution ein, die, wie das „Journal du Peuple“ meldet, sich eigentlich nur im Ton von der anderen Minderheitsresolution unterscheidet. Man will die Stimmen zählen und so die Stärke der verschiedenen Gruppierungen feststellen. Vielleicht geht dann auf dem Nationalrat die Minderheit doch geschlossen vor. Ist sie in der Lage, eine Anzahl Stimmen der Rechten innerhalb der Partei auf ihre Seite zu ziehen, so könnte es sein, daß sie damit die Mehrheit der Partei wird und dadurch die Politik des französischen Sozialismus sehr wesentlich beeinflusst.

Wir bringen im folgenden die Resolutionen der Minderheit, soweit sie nicht von der französischen Zensur gestrichen sind. Die erste ist von den Genossen Baudier, Bourreau, Poudron, Dupont, Meurin, Souvarine und Versueil unterzeichnet. Der erste Absatz ist gestrichen, es heißt dann weiter:

„Der Nationalrat bestätigt

1. mit Genauigkeit und Klarheit, daß das Wohl Frankreichs wie das der anderen kriegsführenden Staaten fordert . . . (Zensurstrich) . . . im besonderen: Die Evakuierung der seit dem Beginn der Feindseligkeiten besetzten Gebiete; der Ersatz der durch den Krieg verursachten Schäden und Verwüstungen aus einem internationalen Fonds, der von allen kriegsführenden Staaten nach variablen Ansätzen zu erheben ist, indem man so weit als möglich in jedem die besonderen durch den Krieg geschaffenen Situationen und ihre Rückwirkungen in Betracht zieht; dem formellen Verzicht auf jede Annexion ebenso wie auf jede Strafschädigung; die Anerkennung des Prinzips des Rechts der Völker, frei über ihr Schicksal zu bestimmen und seine lokale Anwendung durch ein den Bevölkerungen der besetzten Gebiete — Etsah-Votbringen und anderer — zugeordnetes Referendum, das unter der Kontrolle der Mächte steht, die selbst wieder von ihren an friedlichen Lösungen interessierten Völkern kontrolliert werden.

Zensurstrich.

5. beauftragt sie die Verwaltungskommission und die Fraktion nach dem Beispiel der Labour Party, das Ende der Feindseligkeit abwartend, die Beibehaltung der Vermögen und die gleichmäßigste Verteilung der Kriegslasten zu verlangen.

7. Richtet an alle Völker, an alle Sozialisten der Welt den Ausdruck einer vollkommenen Solidarität und stellt mit ihnen fest, daß nur die allgemeine Einführung des Sozialismus die Bedingungen eines dauerhaften Friedens bringen und erzwingen wird, die Gesamtheit der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme — der nationalen und der internationalen — zum größten Wohl der Gesamtheit und der Einzelnen zu lösen im Sinne einer Zivilisation, die Herrin ihrer Entwicklung und ihrer Bestimmung gewiß ist."

Die zweite Resolution der Minderheit, von Loriot, Rappoport und Louise Saumouau unterzeichnet, ist bedeutend kürzer. Sie lautet folgendermaßen:

„An Anwendung der Entscheidungen der Internationalen und des sozialistischen Einigungsvertrages vom 23. Jan. 1905 beschließt der Nationalrat:

1. In Zukunft jede Teilnahme an einer bürgerlichen Regierung abzulehnen;
2. Bestätigt er die vollkommene Unabhängigkeit der Partei gegenüber der Macht und den anderen politischen Parteien;
3. Gibt er den Gewählten im Parlament den formellen Auftrag, die Kriegskredite zu verweigern;
4. Fordert er von allen Mitkämpfern, von allen Organen der Partei, mit allen ihren Kräften die Verwirklichung des sozialistischen und des Friedenswerkes zu verfolgen, die in der gegenwärtigen Resolution ausgedrückt sind, ebenso wie die Wiederherstellung der sozialistischen Arbeiterinternationale."

Inzwischen konnte das Kopenhagener Blatt „Politiken“ über den Verlauf der Verhandlungen der Seine-Föderation vom 10. Februar mitteilen, daß die große Mehrheit sich auf die Resolution der äußersten Linken, der Rienthaler, geeinigt habe. Sie will weder den Etat noch Kriegskredite bewilligen und lehnt es ab, die Regierung zu unterstützen, solange Frankreich eine bürgerliche Regierung habe. 4530 Stimmen wurden für die Rienthaler Resolution abgegeben, während sich auf die Resolution der „Mehrheit“ nur 1470 Stimmen vereinigten. Wenn die Meldung von „Politiken“ richtig ist, hat weder Albert Thomas noch Marcel Sembol an der Sitzung selbst teilgenommen.

Der Seinekongress ist, wie gesagt, der Auftakt zum französischen Nationalrat, der am 17. Februar ebenfalls in Paris tagen wird. Am 16. Februar wird noch ein Kongress der Minderheit stattfinden, und man darf wohl hoffen, daß die vereinigte Minderheit (die Rienthaler und der Flügel unter Vouguet) soviel Stimmen von der „Mehrheit“ zu sich herüberziehen werden, daß auch die etwas merkwürdige Mandatsverteilung nicht mehr in der Lage ist, die „Minderheit“, die tatsächlich schon lange die Mehrheit in der Partei war, von der Leitung der Partei fernzuhalten.

Am 3. Februar haben im Pariser Gewerkschaftshause die Vertreter von mehr als 180 000 Metallarbeitern getagt. Jeder Betrieb hatte fünf Delegierte gesandt. Der Zweck der Veranstaltung war, die Gründe der tiefen Beunruhigung zu untersuchen, die die Arbeiter erfährt hat. Eine Resolution, die von der Zensur stark zusammengestrichen ist, bedauert, daß die Regierung so wenig guten Willen gezeigt habe, die Rechte der Arbeiter genauer zu präzisieren und zu erweitern.

Weiter wird in der Resolution der Wille zu einer kräftigen Propaganda für die Gewerkschaft ausgesprochen. Sie billigt die Haltung der Minderheit auf dem Gewerkschaftskongress zu Clermont-Derrand, ebenso wie die einstimmig angenommene Resolution, deren loyale und schnelle Anwendung sie den Mitgliedern zur Pflicht macht.

Schließlich bezieht sich die Resolution auf die Reden Lord Lansdownes und die Friedensvorschläge des Präsidenten Wilson, der russischen Revolution und des Komitees der deutschen Arbeiterdelegierten, sowie auf die Wünsche der italienischen Arbeiter und versichert, daß die gegenwärtige Situation erlaube, an einen Frieden ohne Annexionen und ohne Entschädigung zu glauben, und fordert von allen angeschlossenen Organisationen, „das Recht, sich international zu vereinigen, wieder zu erobern“, und schließlich spricht sie die Ansicht aus, daß „die wahrhaftige Gesellschaft der Nationen, die fähig ist, eine Garantie des Friedens und des Rechts aller Völker zu bilden, nur eine solche sein kann, die auf dem Vertrauen, der Solidarität und der Gemeinschaft der Interessen der Arbeiterklassen aller Länder, die in der Internationale vereint sind, beruht“.

Aus Genf wurde dem „S. L.“ vom 19. Februar gemeldet:

„Der Nationalrat der französischen Sozialistenpartei hat mit 2618 gegen 280 Stimmen, bei 108 Stimmenthaltungen, einen Kompromißantrag angenommen, der im wesentlichen folgende Punkte der Tagesordnung für die Londoner Sozialistenkonferenz festsetzt: 1. Die deutschen Kolonien sollen entweder zurückgegeben oder durch Kompensationen ersetzt werden. 2. Der Satz des Londoner Entwurfs über die Ansprüche Italiens soll seines imperialistischen Charakters entkleidet werden. 3. Die Staatszugehörigkeit Elsaß-Lothringens soll durch ein Referendum unter Oberleitung der künftigen Gesellschaft der Völker entschieden werden; ob dem Referendum die tatsächliche „Desannexion“ vorangehen oder folgen solle, wurde offen gelassen. Letzterer Beschluß wurde nach einer sehr heftigen Debatte gefaßt.“

Kautsky gegen Volksabstimmungen.

Von Karl Kautsky.

Unter diesem Titel veröffentlicht die „J. R.“ (13. Februar) und nach ihr alle an ihre Krippe gewöhnten Blätter eine Darlegung, in der darauf hingewiesen wird, ich hätte in meiner Schrift über „Parlamentarismus und Demokratie“ an der Idee der direkten Gesetzgebung durch Volksabstimmung Kritik geübt, und schließt daraus:

Wenn die Unabhängigen jetzt so tun, als ob jeder, der sich gegen Volksabstimmungen im östlichen Grenzgebiet wendet, ein verrückter Reaktionsär und Kriegsverlängerer sei, braucht man sie nur auf den Standpunkt ihres Theoretikers Kautsky hinzuweisen.

Die „J. R.“ sucht mich also als Vorspann für die von ihr unterstützten Annexionsgelüste „im östlichen Grenzgebiet“ auszunutzen. Um dies zu erreichen, beruft sie sich auf eine Schrift, in der ich von der Frage von Volksabstimmungen bei Grenzveränderungen gar nicht handle, sondern von der davon gänzlich verschiedenen Frage, ob die Volksabstimmung bei der Gesetzgebung das Parlament ersetzen kann. In jenen meinen Schriften, in denen ich die Frage der Sanktionierung von Grenzveränderungen untersuchte, habe ich mich ausdrücklich natürlich für die Volksabstimmung ausgesprochen.

So führe ich z. B. in meiner Broschüre über „Die Befreiung der Nationen“ aus:

Kein Gebiet soll gegen den Willen seiner Bevölkerung gezwungen werden, seine staatliche Zugehörigkeit zu ändern.

Das ist ein absolutes Gebot internationaler Demokratie. Die Völker sollen aufhören, Schachherden zu sein, über die die Mächte nach Belieben verfügen . . .

Wie aber den Willen der betroffenen Bevölkerung feststellen? Dafür gibt es bloß ein Mittel: man befrage sie. Man hat dieses Mittel verächtlich, weil es von Napoleon III. für seine dynastischen Zwecke ausgebeutet worden war, aber ein anderes Mittel, den Willen der Bevölkerung zu erkunden, ist nicht genannt worden und kann nicht genannt werden. Wer es ablehnt und doch Grenzveränderungen fordert oder rechtfertigt, redet der bloßen Eroberungspolitik das Wort. (S. 52, 53.)

Ich glaube, das ist so deutlich, daß schon eine eiserne Stirne dazu gehört, mich in der Frage der Volksabstimmung bei Grenzveränderungen in einen Gegenfuß zu meinen Parteigenossen zu bringen. — In gleichem Sinn äußerte ich mich in der Broschüre über Elsaß-Lothringen, wo ich unter anderem die Argumente der Annexionisten von 1870 gegen die geforderte Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen beleuchtete. (S. 53 ff.)

Ich habe übrigens in meinem Büchlein über den Parlamentarismus auch die Volksabstimmung für Zweck der Gesetzgebung nicht verworfen, sondern nur vor übertriebenen Illusionen gewarnt und es für unmöglich erklärt, die Parlamente für diese Zwecke völlig auszuscheiden. Ich komme dort zu dem Schluß:

Die direkte Gesetzgebung durch das Volk kann nur in jenem Sinne noch in Frage kommen, in dem sie in der Schweiz bereits besteht, in dem sie auch das Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie fordert: nicht als Mittel, das Repräsentativsystem zu beseitigen, sondern nur als Mittel, es demokratischer zu gestalten, es der Kontrolle der Bevölkerung mehr zu unterwerfen. (3. Aufl. S. 122.)

Als ich dann über die „Befreiung der Nationen“ schrieb, schwante mir gleich, daß Leute von Kaliber der „J. R.“ meine Kritik an der Volksgesetzgebung gegen die Sanktionierung von Grenzveränderungen durch Volksabstimmungen ausschalten würden, und habe ich dort daher ausdrücklich darauf hingewiesen, daß das zwei sehr verschiedene Dinge sind:

Auch in einer entwickelten Demokratie wird die Gesetzgebung und Kontrolle der Regierung nie durch Volksabstimmungen, sondern stets nur durch Parlamente besorgt werden. Die Volksabstimmung kann bloß den unerläßlichen äußeren Druck auf das Parlament in ein System bringen.

Aber bei der Abstimmung über eine Annexion handelt es sich nicht um ein kompliziertes Gesetz, sondern um einen einfachen Sachverhalt, der jedermann ohne weiteres klar, auf den bloß mit ja oder nein zu antworten ist.

Es versteht sich von selbst, daß das Parlament, das mir neben der Volksabstimmung für Zwecke der Gesetzgebung und Regierungskontrolle unerläßlich erscheint, bei vollster Freiheit der Bevölkerung auf Grund des demokratischen Wahlrechts gewählt sein muß. Jene Körperschaften, die aus den „östlichen Grenzgebieten“ heute den Anspruch erheben, im Namen der Bevölkerung zu sprechen, haben mit einem derartigen demokratischen Parlament ebensoviel gemein, wie die „J. R.“ mit Ehrlichkeit und Sozialismus.

Nach alledem wird sie schon auf das Vergnügen verzichten müssen, mich als Schwurzeugen für ihre Eroberungspolitik gegen die Unabhängige Sozialdemokratie auszuspielen. Sie mag nur wieder dazu übergehen, mich zu beschimpfen und herunterzureißen. Das entspricht ihrer Wesensart und unserem tatsächlichen Verhältnis viel besser.

Nachlese zum Streik.

Das „Hamburger Echo“ Nr. 44 vom 21. Februar 1918 schreibt:

„Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften und der Massenstreik. Als Ende Januar resp. Anfang Februar in den verschiedensten Industriezentren der Massenstreik ausbrach, erklärten die Führer der freien Gewerkschaften, daß ihre Verbände den Streiks völlig fernstünden und daß ihre Zeitungen an ihnen in keiner Weise beteiligt seien. Der Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine (S. D.) nahm eine Erklärung entgegen, in der jene das Volkswohl schädigenden Bestrebungen auf das schärfste verurteilt und die Mitglieder der deutschen Gewerksvereine und alle auf freierem nationalen Boden stehenden Arbeiter und Arbeiterinnen eindringlich gewarnt werden, sich an ihnen zu beteiligen. Er erwartet von ihnen, so hieß es in der Erklärung, daß sie alle Aufforderungen, die Arbeit niederzulegen, entschieden ablehnen, sowohl im vaterländischen wie im wohlverstandenen eigenen Interesse.“

Während die freien Gewerkschaften in konsequenter Weise den Beteiligten am Streik keine Unterstützung für entgangenen Arbeitsverdienst anzubieten, haben die „Hirsche“, wie uns berichtet wird, für jeden Tag der Arbeitsniederlegung aus einem Sonderfonds — nicht aus der Haupt- oder Lokalkasse — eine Unterstützung von 5 Mk. erhalten. Wie die Hirsch-Dunderschen ihr Verhalten mit der Erklärung des Zentralrates in Einklang bringen wollen, ist ja ihre Sache. Offensichtlich versuchen sie aber einen Mitgliederfang, bei dem sie nicht auf ihre Kosten kommen werden. Und kam es lediglich darauf an, ein derartiges Verhalten zu kennzeichnen. Oder sollten die 5 Mk. eine Kurzeprämie für künftige Arbeitsstellen sein?“

Jeder Kommentator erubriert sich; unsere Leser werden selber urteilen können.

Aus den Gewerkschaften.

Der Eintritt des Herrn Paul Müller vom Deutschen Transportarbeiter-Verband in den Dienst der See-Berufsgenossenschaft scheint ihn ganz um den Verstand gebracht zu haben. Weil verschiedene Parteiblätter diese Tatsache ins rechte Licht gerückt haben, schreibt Herr Paul Müller über diese Kritik im „Courier“ Gift und Galle. Dabei kann er die Tatsache nicht bestreiten. Er sagt selber: „Er — Paul Müller — steht im Dienste der See-Berufsgenossenschaft, ist aber in Ausübung seines Amtes von jeder Einseitigkeit und Voreingenommenheit frei, von jeder strengsten Objektivität und Gerechtigkeit verpflichtet und eingeschlossen.“ Als ob im Dienste einer solchen Organisation das möglich wäre. Entweder wahrte er die Interessen der Arbeiterklasse oder die des Unternehmertums; ein Mittelweg gibt es nicht. Aber das letztere will Paul Müller, wie er selber sagt. Und weil andere Leute meinen, das schließe sich aus, schimpft er auf alle, die ihm das nicht glauben wollen. Lassen wir ihn seinen „Courier“ davon voll schreiben. Die Zeit wird kommen, wo auch seinen Leuten die Augen aufgehen und wo sie klar sehen, wie Geistes manne Arbeiterführer sind.

Aus dem Bauarbeiterverband. Am Sonntag, den 24. Februar, fand in Berlin die vierte Versammlung der Bauarbeiter statt, die sich mit der Politik der Gewerkschaftsführer beschäftigte.

Außer den bereits angenommenen Anträgen, in denen den Gewerkschaftsführern die schärfste Mißbilligung wegen ihrer betriebenen bekannten Politik kundgetan worden ist, wurden mehrere Anträge gestellt, in denen die Rechte der Mitglieder ihrem Vorstande und Beamten gegenüber gesichert werden sollten. Silberschmidt, Mitglied der Generalkommission und Mitglied des Hauptvorstandes des Deutschen Bauarbeiterverbandes, hatte es ausgeprochen und verhandelt, durch eine Dauerrede die Abstimmung und somit auch die Annahme dieser dem Vorstande nicht genehmigen Anträge zu verhindern. Diese Absicht wurde auch von der gesamten anwesenden Kollegenschaft (mit Ausnahme einiger seiner treuen Schützlinge) erkannt, und er wurde aufgefordert, seine Ausführungen zu beenden, da man nicht mehr willens sei, ihn noch länger anzuhören. Die Versammelten drangen auch darauf, daß es die letzte Versammlung vor dem Statistenden des Verbandstages sei, die oben erwähnten Anträge zur Abstimmung zu bringen, um sie somit vor das Forum des Verbandstages zu bringen. Der Vorsitzende und Leiter der Versammlung, Hanke, eilte dem Mitgliede des Hauptvorstandes, Silberschmidt, zu Hilfe und schloß, gegen den stürmischen Protest der Mitglieder, die Versammlung. Durch Anwendung der brutalsten Vergewaltigung der Mitglieder, verübt von ihren eigenen Angestellten, war es ihnen gelungen, die Annahme dieser Anträge zu verhindern. Dort, wo überall die Mitglieder auch ihre Rechte den Vorständen und ihren Beamten gegenüber wahrnehmen wollen, scheuen diese Durchhaltungsleiter vor keiner Gewalttat zurück.

In der Fachzeitung für Schneider hatte der Vorstand sich gegen eine von der Berliner Generalversammlung der Schneider beschlossene Resolution gegen die Politik des Vorstandes gerichteten Resolution gewendet. Darauf antwortete ein älteres Mitglied der Berliner Filiale. Die Redaktion nahm die Antwort nur teilweise auf, was eine Erklärung des Verfassers zur Folge hatte des Inhalts, daß die veröffentlichte Erklärung in Sinn und Wortlaut durch das Weglassen ganzer Sätze entstellt ist und daß er deshalb die veröffentlichte Erklärung als die von ihm mit Unterschrift eingesandte Berichtigung nicht anerkennen könne. Darauf antwortete die Redaktion des Fachblattes, daß sie sich das Recht vorbehalte, Änderungen und Streichungen an eingesandten Zuschriften vorzunehmen. Sie habe nur solche vorgenommen, die zu neuen Erklärungen herausgefordert haben würden. Der Nichtungstreit im politischen Lager der Arbeiterbewegung gehöre in die politischen Organisationen und müsse dort ausgetragen werden.

Die Redaktion macht sich ihre Arbeit recht leicht. Die in Berlin beschlossene Resolution ging von rein gewerkschaftlichen Grundfragen aus und wurde auch nur so begründet. Die der Redaktion eingesandte Erklärung konnte von ihr nicht ohne Zustimmung des Einsenders geändert werden, da sie mit Unterschrift versehen war. Das hat mit ihrem sonstigen Recht, Änderungen oder Streichungen nach bestem Gewissen vorzunehmen, nichts zu tun. Die Redaktion des Fachblattes der Schneider hat damit eine ihr nicht genehme Meinung von Mitgliedern einfach zu unterdrücken versucht. Auf die Dauer werden die Mitglieder sich das nicht bieten lassen.

Ein Reifall des „Vorwärts“. Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt: „Der „Vorwärts“ leidet sich den schlechten Witz, der Offenheit die Kunde von einem angeblichen Mitgliederverlust der Leipziger Gewerkschaften zu unterbreiten. Er teilt einige Zahlen aus der Statistik des Leipziger Gewerkschaftsfortells mit und ruft schauernd aus, daß in Leipzig die Gewerkschaften siebentausend Mitglieder im Jahre 1917 verloren hätten. Natürlich steht es für den „Vorwärts“ fest, daß daran die bösen Unabhängigen schuld sind, die tagaus tagein nichts zu tun gewußt hätten, als gegen die Gewerkschaftsführer zu gehen. Der „Vorwärts“ hat ganz übersehen, daß die Statistik des Kartells vom 21. Dezember 1917 über die ausgeschiedenen Gewerkschaften keine Angaben enthält, und daß allein aus diesem Grunde die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder niedriger als im Vorjahre ist. In Wirklichkeit haben auch in Leipzig die Gewerkschaften eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen, denn die ausgeschiedenen Gewerkschaften haben mindestens 11 000 Mitglieder, so daß zusammen mit den 25 000 Mitgliedern, die das Kartell angibt, 36 000 Mitglieder in Leipzig sind, was ein Mehr von 1000 gegenüber dem Vorjahre ist. Der „Vorwärts“ ist also gründlich hineingefallen oder auch hineingelogen worden. Ob er in Zukunft bei seiner wässrigen Hege gegen die Unabhängige Sozialdemokratie etwas vorsichtiger sein wird?“

Für unsere Jugend.

Eine geschichtliche Erinnerung.

Im Jahre 1789 erhob die große französische Revolution ihr Haupt, die schwerste politische Krise, die bis zum Jahre 1917 das Leben der europäischen Völker aufgewühlt hat und die heute in der großen russischen Revolution ihres gleichen findet, an sozialer Bedeutung sogar von dieser übertroffen wird. Auf die ökonomischen Verhältnisse, die die große Umwälzung in Frankreich herbeiführten, näher einzugehen, ist hier nicht Raum genug. Bekannt ist, daß das absolute Königtum im Verein mit einem übermütigen Adel und einer satten Geistlichkeit alle anderen Klassen des französischen Volkes ausbeuteten, daß Bürger, Handwerker, Proletarier und Bauern gleichermaßen vom Absolutismus und den herrschenden Kasten bevormundet, eingeengt und ausgepreßt wurden, daß die gewaltsame Revolution durch eine geistige Revolution der bürgerlichen Intelligenz, Dichter, Philosophen usw. vorbereitet wurde. Es sei hier nur an die Namen eines Voltaire, Rousseau usw. erinnert. In der französischen Revolution war das städtische und ländliche Proletariat wohl die energischste Kampftruppe gegen die Unterdrücker, die geistige Führung aber hatte das Bürgertum, das schließlich aus Angst vor den proletarischen Drängern die Gewalt an den korsischen Napoleon abtrat, der durch die Revolution aus dem Nichts emporgestiegen war. Das Proletariat aber war politisch zu unreif und zu wenig als Klasse geschult, um für sich die Früchte der Revolution zu ernten, und das um so weniger, als die Bauern, denen die Revolution einen zwar kleinen, aber gesicherten Landbesitz beschert hatte, dadurch alle revolutionäre Energie verloren.

In nicht geringem Maße wurde die revolutionäre Stimmung in Frankreich auch durch den langen Krieg erzeugt, den das französische Königtum mit England um die Welt Herrschaft führte und der zur See, in Amerika, in Indien usw. ausgekämpft wurde. Die französischen Könige führten ihren Kampf gegen England als Vernichtungskrieg, in der Absicht, den Kampf so lange fortzusetzen, bis England erschöpft am Boden liege. Damit aber arbeiteten sie am Ruin des eigenen Landes und am Untergange ihrer eigenen Macht. Das französische Königtum führte jene Kriege nicht im Interesse des Wohlstandes seiner Untertanen, sondern für seine eigenen dynastischen Interessen. Die Nachteile des Krieges empfanden Industrie und Ackerbau. Nur die steuerfreien adligen Großgrundbesitzer hatten als Getreidelieferanten und Offiziere ein Interesse am Kriege. Der Krieg hatte für die erwerbstätige Bevölkerung nur schwere Lasten und eine Verminderung der Steuerkraft, für viele sogar völlige Verelendung zur Folge. Die unersättlichen Bedürfnisse des Absolutismus zwangen den Staat aber zu einem immer härteren Anziehen der Steuerschraube. Die ungeheure Gähnung im französischen Volke machte sich im Sommer des Jahres 1789 gewaltsam Luft. Die Erhebung richtete sich aber zunächst noch nicht gegen die Person des damaligen Königs, Ludwig XVI.

Zunächst ist es das Bürgertum, der „dritte Stand“, in dessen Reihen auch noch das unentwidelte Proletariat steht, das den ersten Vorstoß macht. Eine Nationalversammlung tritt zusammen, die Frankreich eine neue Verfassung geben soll. Das Königtum sucht gegen dieses Volksparlament mit den Bajonetten vorzugehen. Da treten die Pariser Arbeiter auf den Plan und stürmen Schulter an Schulter mit dem revolutionären Bürgertum am 14. Juli 1789 die verhasste Bastille, die Bastille. Das absolute Königtum wird darauf in eine konstitutionelle Monarchie umgewandelt. König Ludwig XVI. weigert sich, die Beschlüsse anzuerkennen. Das Volk führt ihn und die königliche Familie gewaltsam von Versailles nach Paris. Am 14. Juli 1790 leistet der König den Eid auf die Verfassung, aber mit dem Vorsatze, ihn sobald wie möglich zu brechen. Die Intrigen des Hofes und des Adels gegen die Neuordnung der Dinge nehmen größeren Umfang an. Das reaktionäre Ausland nimmt Partei für den französischen Absolutismus, der Verleumdungsfeldzug gegen die Revolution setzt ein. Der König will den offenen Kampf gegen die Nationalversammlung aufnehmen, seine Generale sollen den Kampf führen, er selbst will sich und seine Familie durch die Flucht aus Paris in Sicherheit bringen. Aber er wird abgefaßt, nach Paris zurückgebracht, vorläufig seines Amtes enthoben, dann aber dan-

allerlei Nachenschaften wieder eingefetzt, obwohl feststeht, daß er die bestehende Verfassung vernichten und die alte Reaktion wieder einführen will. Am 14. September 1791 beschwört Ludwig XVI. abermals die Verfassung. Das bestehende Bürgertum jubelt, aber das arbeitende Volk ist über diese Verfassungskomödien tief erbittert.

Inzwischen haben die gekrönten Kollegen Ludwigs XVI., der Kaiser von Oesterreich und der König Friedrich Wilhelm II. erkannt, welche Gefahr die französische Revolution auch für ihre dynastischen Interessen bedeute. Auf geheimes Betreiben Ludwigs erließen beide von Pillnitz aus eine Erklärung: Sämtliche Monarchen Europas seien durch die Vorgänge in Frankreich in ihren Interessen berührt, deshalb müßten sie sich sämtlich verbinden, um Frankreich eine „angemessene“ Regierung zu geben. Die Kreaturen des europäischen Absolutismus richteten ihre Giftpfeile gegen die „Patrioten“ Frankreichs, denn so wurden damals die revolutionären Elemente genannt. Schließlich veranlaßte der französische Landesvater seine deutschen Kollegen zu einem gewaltsamen Vorgehen gegen sein Volk. Der preussische König rückte im Jahre 1792 mit preussischen und österreichischen Truppen über die französische Grenze, um „die Anarchie und den Schwindelgeist“ zu ersticken und die „monarchistische Autorität“ wieder herzustellen.

Das preussisch-österreichische Heer, das Frankreich von der „patriotischen Bande“ säubern und die „Ordnung“ wieder aufrichten sollte, wurde von dem Herzog Karl von Braunschweig geführt, der am 25. Juli 1792 ein selbstbewusstes Manifest an das französische Volk richtete. Darin heißt es:

„Endlich soll sich die Stadt Paris mit allen Einwohnern, ohne Unterschied, sogleich und ohne Zögern dem König unterwerfen, ihn in volle Freiheit setzen und dadurch ihm und der ganzen königlichen Familie die Achtung und Ehrfurcht, welche durch Natur- und Völkerecht den Untertanen gegen ihre Landesherren zur Pflicht gemacht wird, beweisen. . . Ihre Majestäten erklären auch bei ihrem kaiserlichen und königlichen Wort: Wenn das Tuilerien-schloß noch einmal gestürmt oder der geringsten Gewalttat ausgesetzt, oder wenn dem Könige, der Königin oder einem anderen Mitgliede der königlichen Familie die mindeste Beleidigung zugefügt werden sollte. . . so wollen Ihre Majestäten zum ewigen Andenken dafür eine exemplarische Strafe verhängen, die Stadt Paris einem militärischen Strafgericht und gänzlicher Zerstörung preisgeben, die widerspenstigen, solcher Freveltat schuldigen Einwohner der furchtbarsten Rache ausliefern.“

Als dies Manifest Anfang August in Paris bekannt wurde, trochen die revolutionären Franzosen nicht vor den österreichischen und preussischen Söldnerscharen ins Maulloch, sondern gaben eine revolutionäre Antwort darauf. Sie stürmten am 10. August die Tuilerien, setzten Ludwig XVI. und seine Familie als Hochverräter fest; der Kampf gegen die Heere der europäischen Reaktion wurde aufgenommen. Am 21. Januar 1793 endete Ludwig XVI. als Hochverräter auf dem Schaffot, das gleiche Schicksal ereilte einige Zeit später die Königin Marie Antionette. Beide waren die Opfer ihrer eigenen Intrigen mit dem reaktionären Auslande.

Jetzt ging neuerlich die Heze aller „Gutgesinnten“ gegen die französischen Revolutionäre, die „Jakobiner und Sansulotten“ erst recht los. Vergleicht man aber die reaktionären Preßerzeugnisse von damals mit den heutigen Zeitungsberichten über das revolutionäre Rußland, so findet man, daß nichts mehr von der Parteien Haß und Gunst entsetzt wird, als gerade Revolutionen, vor allem aber solche, in denen die sozialen Gegensätze hart aufeinander prallen. In Wahrheit trifft auf sie das Urteil Karl Rautskys zu, der sagt: „Eine Katastrophe, wie die Revolution, steigert die Leidenschaften der Beteiligten aufs äußerste; in jeder der beteiligten Parteien finden wir Beispiele der lebenswürdigsten und großartigsten Tugenden, eines Heroismus und einer Selbstlosigkeit ohne gleichen, aber auch Beispiele furchtbarer Gemeinheit, Grausamkeit, Charakterlosigkeit und Habsucht. Es ist ein sehr billiges Vergnügen, die sympathischen Züge der einen Seite rühmend hervorzuheben und die abstoßenden der andern den Gegnern an den Kopf zu werfen.“

Die Blätter, die heute unsere jungen Leser in die Hand bekommen, sind fast durchweg leidenschaftliche Gegner der russischen Revolution, ihre Berichte über die Vorgänge in Rußland müssen daher mit kritischer Vorsicht genossen werden.

Die Pflicht der Jugend.

Aus Hamburg wird uns geschrieben:

Die Zahl der Jugendlichen, die ins Erwerbsleben gedrängt sind, beläuft sich auf mehrere Millionen, jährlich, und das besonders im Kriege, wächst diese gewaltige Heer jugendlicher Arbeitskräfte an, und in immer größerem Maße wird die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens abhängig von der Zahl und der Beschaffenheit dieses jungen Arbeitsmaterials. Ja, die Fortsetzung des Krieges in letzten Endes nur möglich gemacht durch die ständig steigende Hineinziehung der Jugendlichen in den Arbeitsprozeß.

Daß nach einer so gewaltigen Anspannung jugendlicher Arbeitskraft auch die Ausbeutung und Entrechtung der Jugendlichen Fortschritte macht, ist eine unausbleibliche Folge der heutigen Verhältnisse. Denn dem Arbeitgeber, Meister oder Lehrherrn kommt es vor allen Dingen darauf an, mit so geringen Kosten wie nur irgend möglich zu arbeiten. Deshalb denkt er wohlweislich nicht daran, den Lohn des mehr als je zuvor arbeitenden Jugendlichen zu erhöhen. Tätigkeiten, die früher nur von dem erwachsenen Arbeiter ausgeführt wurden und demgemäß auch entlohnt sind, müßten nun, da der Jugendliche sie verrichtet, doch ebensogut bezahlt werden. Der Arbeitgeber denkt anders: einmal versucht er alle erhöhten Ansprüche mit der rücksichtslosen Phrase von den „schlechten Kriegsverhältnissen“ abzutun, und zweitens kann er, oder besser gesagt, will er nicht einsehen, daß erhöhte Arbeitsleistung auch erhöhte Lohnleistung, selbst bei Jugendlichen, bedingt. Wenn der Arbeitgeber aber den Jugendlichen wirklich angemessene Löhne gibt, so glauben die Behörden an eine übermäßige Bezahlung und bringen schnell den Sparzwang in Anwendung, ein Unternehmen, das von jedem, der in das Arbeitsleben der Arbeiterfamilien geblüht hat, als unzumutbar bezeichnet wird. Und nicht nur bis hierhin wird die arbeitende Jugend vergewaltigt. Die Schutzbestimmungen für jugendliche Arbeiter sind ein Opfer des Krieges geworden und es steht dem Arbeitgeber frei, den Lehrling des Nachts arbeiten zu lassen, ihn an gefährlichen Maschinen zu beschäftigen. So haben sich die Verhältnisse der Ausbeutung des jugendlichen Arbeiters auf das äußerste zugespitzt.

Aber das sehen alle Jugendlichen mit offenen Augen und müssen es obendrein noch am eigenen Körper in aller Härte spüren. Es ist etwas Seltsames um die Arbeiterklasse: sie sieht und erkennt, wie sie ausgebeutet wird — und ach, sie stöhnt nur und glaubt, daß das Bestehende nicht zu ändern sei. Das ist der Wahn, in dem ein Teil der Arbeiter taumelt, in dem sie sich befinden müssen, weil sie die Zustände der heutigen Zeit nicht in ihrem Innersten Weisen begriffen haben. Sie sehen nur das Oberflächliche, das rein Äußere, ohne sich über das Entsetzliche und Werden der Dinge Klarheit schaffen zu wollen. Will ich aber einen Feind bekämpfen, ihn besiegen, dann muß ich mich mit seiner Eigenart, seinem Weisen bis ins Kleinste hinein vertraut machen, um zu sehen, wo der wunde Punkt liegt, an dem ich ihm den Todesstoß versetzen kann.

Es wäre schlimm, wenn es nichts anderes gäbe, als zu stöhnen und zu klageln. Ja, es gibt doch ein Mittel. Das ist der bewußte Wille der Masse, die Bahnen der Besserung zu beschreiten. Die Klagen der Menschheit müssen zu wohl begründeten Anklagen werden gegen die Klasse der Besitzenden, gegen das Häuflein Kapitalisten.

Statt daß man sich in nutzlosen Seufzereien ergeht, soll man in das Wesen der gegenwärtigen Gesellschaftszustände eindringen, soll man suchen, wie sie entstanden sind. Will man sich über die Gegenwart im klaren sein und in die Zukunft schauen, muß man sich mit der Vergangenheit vertraut machen, muß man lernen, Schlussfolgerungen vom Vergangenen auf Gegenwärtiges zum Zukünftigen zu ziehen! Das sollten sich diejenigen Leute merken, die zwar spüren, daß sie Sklaven der Arbeit sind und daß es ihnen besser gehen könnte, die aber trotzdem nicht den Weg des Kampfes beschreiten.

Das aber ist gerade die Pflicht der Jugend. Sie, die im Kriege aufs schwerste geschädigt ist, soll ihren Geist klären und ihn auf die zielbewußte Arbeit für das Proletariat einrichten. Sie soll an allen Orten, wo sie eine Jugendorganisation ihr eigen nennt, die Quelle der ihr gebührenden Aufklärung aufsuchen und sich in die Geistesrichtung des Sozialismus einleben.

Denn nur eine aufklärte, eine denkende Klasse von Arbeitern wird den Kampf gegen den Todfeind aufnehmen und ihn beenden können, und den Grundstein zu solcher Erkenntnis sollen die Jugendlichen in ihre Brust hineinpflanzen. Sie dienen dann der Menschheit, sie brechen der Freiheit eine Gasse.

S. S.

Jugendweiche in Neukölln.

Die Jugendweiche in Neukölln findet am 24. März statt. Meldungen sind im Büro, Neuköllnstraße 3, zu machen. Zur Teilnahme ist jeder berechtigt ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit. Es wird gebeten, die Meldungen baldigst zu erstatten.

Redaktionschluss: Jeden Dienstag Abend.

Verantw. Redakteur: C. Leib; Verleger A. Hoffmann; beide Berlin D. 27, Schilderstraße 8.
Druck: Maurer & Dammid, Berlin, Köpenicker Str. 26-28.